

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den ersten Teil der 27. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der WEU vom 15. bis 18. Juni 1981

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Politische Fragen** (Entwicklungen in Polen; die europäische Sicherheit und Ereignisse in der Golfregion)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Geßner (S. 20, 25), Dr. Müller (S. 21, 26), Rösch (S. 23), Jung (Kandel) (S. 24)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 370 betr. Entwicklungen in Polen (S. 26)

Empfehlung 371 betr. die europäische Sicherheit und Ereignisse in der Golfregion (S. 27)

- **Bericht des Rates der WEU** (26. Jahresbericht des Rates an die Versammlung. Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates. Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates. Die Zukunft der europäischen Raumfahrtaktivitäten — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates.)

Hierzu sprach der Abg. Topmann (S. 18)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 364 betr. die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates (S. 3)

Empfehlung 365 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages (S. 3) Empfehlung 369 betr. die Zukunft der europäischen Raumfahrtaktivitäten — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates (S. 18)

- **Verteidigung** (Die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum. Die Gespräche über die Reduzierung der LRTNF in Europa)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 4, 6), Dr. Geßner (S. 5, 11), Jung (Kandel) (S. 12), Amrehn (S. 12), Bahr (S. 12)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 366 betr. die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum (S. 6)

Empfehlung 367 betr. die Gespräche über die Reduzierung der LRTNF (S. 13)

- **Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt** (Das europäische Kampfflugzeug und andere Entwicklungen der Luftfahrt)

Hierzu sprachen die Abg. Schmidt (Würgendorf) (S. 14), Jung (Kandel) (S. 15), Lenzer (S. 16)

Beschluß der Versammlung:

Empfehlung 368 betr. das europäische Kampfflugzeug und andere Entwicklungen der Luftfahrt (S. 17)

- **Haushalt** (Der revidierte Haushalt 1981 für Verwaltungsausgaben der Versammlung)
- **Geschäftsordnung** (Revision der Charta und der Geschäftsordnung der Versammlung)

Beschluß der Versammlung:

Entschließung 67 betr. die Revision der Charta und der Geschäftsordnung der Versammlung

- **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten betr. die Beziehungen zwischen den Parlamenten und der Presse)

Hierzu sprach Abg. Dr. Enders (S. 19)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt. Der britische Abgeordnete Fred Mulley wurde von der Versammlung zum Präsidenten wiedergewählt. Die Versammlung wählte Abg. Dr. Manfred Geßner (SPD) zum deutschen Vizepräsidenten der Versammlung. Abg. Lenzer (CDU/CSU) wurde wieder zum ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt, Abg. Dr. Enders zum zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten gewählt.

Den 26. Jahresbericht des Rates erstattete in Vertretung des amtierenden Ratsvorsitzenden der britische Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Douglas Hurd.

Zur Versammlung sprach ferner General Bernard Rogers, SACEUR (S. 7)

Bonn, den 29. Juni 1981

Dr. Geßner
Sprecher

Reddemann
Stellvertretender Sprecher

Montag, 15. Juni 1981

Tagesordnungspunkt:

26. Jahresbericht des Rates

Berichterstatter: Douglas Hurd (britischer Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, in Vertretung des Ratsvorsitzenden)
(Drucksache 869)

Tagesordnungspunkt:

Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates

Berichterstatter: Abg. Page
(Drucksache 880)

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates

Berichterstatter: Abg. Tanghe
(Drucksache 875)

Dienstag, 16. Juni 1981

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum

Berichterstatter: Abg. Cavaliere
(Drucksache 876)

Empfehlung 364

betr. die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates —

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß der 26. Jahresbericht des Rates sein Bestreben zum Ausdruck bringt, die Versammlung über die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Außenpolitik zu unterrichten, selbst wenn diese Zusammenarbeit nicht im Rahmen der WEU erfolgt;

vertritt die Ansicht, daß sich der Dialog zwischen dem Rat und der Versammlung in den letzten Jahren merklich verbessert hat;

vertritt jedoch die Ansicht, daß der Rat der Versammlung in verschiedenen Bereichen nicht die Informationen zukommen läßt, auf die sie einen An-

spruch hat, insbesondere in Fragen im Zusammenhang mit der tatsächlichen Arbeit einiger Organe des Rates;

vertritt die Ansicht, daß die Arbeit der Versammlung nur dann wirksam sein kann, wenn sie jederzeit einen echten Dialog mit dem Rat beibehalten kann;

vertritt die Ansicht, daß die Bemühungen des Rates um eine Rationalisierung der WEU-Organe sowie um eine Begrenzung der nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben keinesfalls die Zukunft einer Organisation gefährden dürfen, die vielleicht eine wesentliche Rolle für die Sicherheit Europas zu spielen hat,

empfiehlt dem Rat,

1. die Zeit für die Erstellung der Texte, die der Versammlung vorgelegt werden, zu verkürzen, ob es sich um den Jahresbericht oder um Antworten auf Empfehlungen und schriftliche Anfragen handelt;
2. die Abfassung seines Jahresberichts dadurch verständlicher zu gestalten, daß die in dem Bericht erwähnten Texte in einer geeigneten Form einbezogen werden;
3. an jedem Sitzungstag der Versammlung eine ministerielle Vertretung auf hoher Ebene sicherzustellen und die Minister zu den Texten, die Gegenstand der Debatte sind, in kollektiver Weise Stellung nehmen zu lassen;
4. der Versammlung möglichst vollständige Informationen über die Aktivitäten aller WEU-Organe zu übermitteln;
5. verstärkt Vorkehrungen zu treffen, um die Presse- und Informationsmedien regelmäßig über seine Aktivitäten zu unterrichten;
6. sicherzustellen, daß bei allen Schritten, die er unternimmt, um die Arbeit der WEU zu rationalisieren sowie die Haushaltsmittel der ministeriellen Organe innerhalb annehmbarer Grenzen zu halten, die gegenwärtigen und künftigen Aktionsmöglichkeiten der WEU in keiner Weise gefährdet werden;
7. sicherzustellen, daß die Sorgen um die Haushaltslage, wie berechtigt sie auch immer sein mögen, auf keinen Fall zu einer Verringerung der Mittel führen, die für die einzige europäische Versammlung, die für Verteidigungsfragen zuständig ist, zur Verfügung stehen.

Empfehlung 365

betr. Die Anwendung des Brüsseler Vertrags

Die Versammlung

- (i) vertritt die Ansicht, daß die grundlegenden Bestimmungen des Brüsseler Vertrages, insbesondere in Artikel IV, V und VIII, 3, ihren

- vollen Wert behalten haben und einen der Schlüsselfaktoren des Sicherheitssystems der Unterzeichnerstaaten darstellen;
- (ii) stellt jedoch fest, daß die materielle Organisation der kollektiven Verteidigung wegen der größeren Wirksamkeit in dem weitergefaßten Rahmen des Nordatlantikrates und der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe durchgeführt wird;
 - (iii) vertritt die Ansicht, daß eine ständige und greifbare Aktivität im Rahmen des Vertrages für seine Glaubwürdigkeit unerlässlich ist und daß diese Aktivität gegenwärtig hauptsächlich von der Versammlung und durch ihren Dialog mit dem Rat sichergestellt wird;
 - (iv) vertritt ferner aus den oben genannten Gründen die Ansicht, daß in dieser Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten für die Mitgliedstaaten eine neue Aufteilung der Ressourcen, die sie den Organen der WEU zur Verfügung stellen, vorgenommen werden sollte, um letztere den gegenwärtigen Bedingungen anzupassen;
 - (v) begrüßt, daß der Rat Folgemaßnahmen zu den Absätzen 1 bis 6 der Empfehlung 348 der Versammlung ergriffen hat,

empfiehlt dem Rat

1. eine Untersuchung durchzuführen über:
 - a) das Ausmaß, in dem die in den Protokollen Nr. III und IV vorgesehenen Kontrollen aufrecht erhalten werden sollten, und die Entscheidungen, die der Rat gemäß Artikel II und V des Protokolls Nr. III zu treffen hat;
 - b) die angemessene Verteilung der finanziellen Mittel und des Personals auf alle Organe der WEU unter Berücksichtigung des derzeitigen Umfangs und der gegenwärtigen Bedeutung ihrer jeweiligen Aktivitäten;
 - c) die Möglichkeit, die derzeitige Praxis der engen Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses und dem Rüstungskontrollamt auf den Greffe der Versammlung auszuweiten;
2. das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses zu beauftragen, die notwendigen Untersuchungen für den Bericht „Die Rolle und der Beitrag der Streitkräfte bei Naturkatastrophen oder anderen Katastrophen in Friedenszeiten“ durchzuführen, den der Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen zu erstellen hat;
3. der Versammlung die fertiggestellten Kapitel der Studie des Ständigen Rüstungsausschusses über die europäische Rüstungsindustrie vorzulegen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Heute vormittag hat ein Redner an dem Bericht des Kollegen Bozzi kritisiert, daß er zu sehr die militärischen Gegebenheiten im Mittelmeerraum untersucht habe. Ich möchte unterstreichen, daß ich ge-

rade das ausdrücklich begrüße. Denn die Aufgabe der Westeuropäischen Union und dieser Versammlung ist es ja, gerade die militärischen Aspekte, die Sicherheitsaspekte zu untersuchen. Wir müssen dem Kollegen Bozzi und dem ganzen Ausschuß sehr dankbar sein für die Fülle von Material, die uns hier für diese Diskussion zur Verfügung gestellt wurde.

Mein Vorredner, der Kollege Grant, hat gerade darauf hingewiesen, daß es darauf ankommt, die wirklichen Gegner, die wirklichen Bedrohungen der Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union im Auge zu halten. Der Kollege Bozzi hat in seinem Bericht vor allem die starke **Seerüstung der Sowjetunion im Mittelmeerraum** herausgestellt und untersucht. Wir wissen alle, daß es ein altes Ziel russischer imperialer Politik — nicht etwa nur kommunistischer Politik seit 1917, sondern schon früher — war, zu den warmen Meeren vorzustoßen und dort Einfluß zu gewinnen. Seit zum erstenmal unter Katharina der Großen ein Geschwader unter dem Fürsten Orlow ins Mittelmeer einlief, war das Interesse Rußlands an diesem Raum stets vorhanden.

Wir wissen, daß wir heute gerade vom Westen und auch von der Türkei her nicht einmal die Konvention von Montreux so einhalten, wie wir sie eigentlich einhalten müßten. Ihnen ist sicher bekannt, daß in dieser Konvention festgeschrieben ist, daß z. B. keine Flugzeugträger durch die Meerengen — durch den Bosphorus, durch die Dardanellen — fahren dürfen. Die Sowjetunion hat aber einen Hubschrauberträger, die Kiew, durch den Bosphorus fahren lassen. Es bedarf schon sehr großzügiger Interpretation, dies nicht als einen Verstoß gegen die Konvention von Montreux zu betrachten. Wir sind eigentlich sehr liberal gegenüber einem möglichen Gegner, der Sowjetunion, beim Aufbau ihrer Seestreitkräfte im Mittelmeerraum.

Der Kollege Dejardin, der vorhin als erster Redner zu diesem Bericht gesprochen hat, hat sich über ein Land Sorgen gemacht. Auf diesen Punkt werde ich noch zurückkommen. Es sprach davon, daß es im Mittelmeerraum Unberechenbarkeit gebe. Diese Unberechenbarkeit gibt es tatsächlich. Aber zu den Unberechenbarkeitsfaktoren gehört zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher am wenigsten die Türkei. Hier gibt es andere Faktoren. Hier gibt es den Herrn Ghadafi in Libyen. Hier gibt es auch den Ministerpräsidenten von Malta, einen Mann, der nicht so leicht berechenbar ist, wie wir in der Vergangenheit immer wieder gesehen haben.

Hier gibt es vor allem die Unberechenbarkeit im ganzen Ostraum des Mittelmeeres, wenn wir die Auseinandersetzungen zwischen Irak und Iran oder die Auseinandersetzungen im Libanon betrachten. Ja, selbst ein Land wie Israel gehört heute zu den Faktoren, die schwer zu berechnen sind, wenn wir nur an den zu verurteilenden Angriff auf den Reaktor im Irak denken, alles Ereignisse in diesem Raum, die dazu führen können, daß die Spannungen ständig verschärft und nicht etwa abgebaut werden.

Wir haben natürlich auch positive Entwicklungen in diesem Raum gehabt. Dazu zählt sicher, daß Ägypt-

ten ein Faktor der Stabilität in diesem Raum geworden ist. Das können wir begrüßen. Hier ist das Gleichgewicht wieder etwas hergestellt worden. Aber natürlich bleibt der Raum an sich schwierig, allein schon durch die Verhältnisse, die sich dort im Laufe der Jahrzehnte herausgebildet haben.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur **Türkei** machen. Ich hätte sie sowieso gemacht, auch wenn der Kollege Dejardin nicht geredet hätte. Aber er hat mir natürlich einen besonderen Anlaß dafür gegeben durch seine sehr von Emotionen getragene Intervention, die er uns hier vorgeführt hat.

Wenn Herr Dejardin so ein nach moralischen Prinzipien sich ausrichtender Politiker wäre, dann hätte er vor Jahren die Invasion Zyperns durch eine türkische Militärintervention verurteilt, und dies hätte ich durchaus begrüßt. Nur, dieser Angriff auf ein anderes Gebiet wurde nicht etwa von putschenden Militärs, wie er sich ausdrückte, sondern von Demokraten begangen, noch dazu unter einem Ministerpräsidenten, der jener Internationale angehört, der auch die Partei des Herrn Dejardin angehört. Ich möchte das hier einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Das, was wir in der Türkei und in den Gesprächen mit den heute führenden Leuten in der Türkei erlebt haben — ich war in der Delegation dabei —, zeigt uns doch, daß etwa in der Zypern-Frage oder im Verhältnis zu Griechenland bei den gegenwärtig führenden Leuten in der Türkei offensichtlich eher eine Kompromißbereitschaft zu erreichen ist, als es früher der Fall war.

Liebe Kollegen, wir sind alle Anhänger der Demokratie. Vorher hat es in der Türkei bereits zweimal Interventionen des Militärs gegeben, die dazu geführt haben, daß nach einer gewissen Zeit die Demokratie unter besseren Bedingungen wieder installiert werden konnte. Ich habe diese Hoffnung und dieses Vertrauen auch im gegenwärtigen Fall. Aber ich weiß, daß in einem Land, in dem 4000 Menschen getötet worden sind, in dem z. B. an der deutschen Schule in Istanbul die Schüler mit Maschinenpistolen von ihren Lehrern die Benotung erpreßt haben, einfach in dieser Form nicht weitergemacht werden konnte und daß es notwendig war, in der Türkei eine gewisse — so möchte ich es einmal formulieren — Beruhigungsphase herzustellen.

Man sollte sich vielmehr die Frage stellen, woher die 160 000 Handfeuerwaffen in der Türkei gekommen sind. Wer war daran interessiert, dort Unruhe zu stiften? Wer war daran interessiert, dieses Land zu destabilisieren? Wenn wir diesen Fragen im Detail nachgingen, würden wir feststellen, daß der internationale Terrorismus, der auch in der Türkei zuge schlagen hat, gewisse gemeinsame Wurzeln hat, gemeinsame Wurzeln, die auch die Sicherheit der Demokratie, wie auch die Sicherheit unserer Mitglieds länder bedrohen. Auch dieser Aspekt muß im Zusammenhang mit der Sicherheit im Mittelmeerraum gesehen werden.

Ich freue mich darüber, daß der Kollege Bozzi diesen Bericht gemacht hat. Ich werde ihn selbstverständlich unterstützen. Ich glaube, die Mehrheit in diesem

Hause ist der Überzeugung, daß der Bericht ein notwendiges und verdienstvolles Werk ist.

Änderungsantrag Nr. 5 empfiehlt, in Ziffer 8 der nachstehenden Empfehlung 366 nach „Übungen“ die im Empfehlungsentwurf enthaltenen Worte „und Verteidigungsplanung“ zu streichen. Für den Antrag spricht Abg. Dr. Geßner, dagegen Abg. Dr. Müller.

Dr. Gessner (SPD): Herr Vorsitzender! Es besteht in unserer Versammlung mit Sicherheit eine breite Übereinstimmung darüber, daß **Spanien** zur westlichen Welt gehört. Wir haben intensive kulturelle Kontakte, wir haben eine intensive ökonomische Verflechtung. Durch den Sturz der Diktatur in Spanien ist das Band der Solidarität zwischen den westlichen Staaten und Spanien hergestellt worden: ich hoffe, auf eine ganz solidarische und intensive Weise.

Darüber hinaus gibt es auch im Bereich der militärischen Kooperation eine Zusammenarbeit zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten. Ich habe keinen Zweifel — deswegen führe ich dies hier aus —, sollte von spanischer Seite jemals der Antrag gestellt werden, Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses zu werden, so gäbe es in dieser Versammlung sicherlich sehr viel Zustimmung.

Ich sage das deswegen, weil ich nicht den Eindruck erwecken möchte, als richte sich unser Antrag gegen die Aufnahme Spaniens in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis. Wir müssen aber folgendes bedenken, wenn wir den vorliegenden Änderungsantrag in richtiger Weise würdigen wollen: Wenn in dem Resolutionsentwurf davon gesprochen wird, es sollten Vorkehrungen getroffen werden, damit auch Spanien an der Verteidigungsplanung der NATO teilhaben könne, muß man sich auch darüber im klaren sein, daß man dann gleichzeitig dafür plädiert, daß Spanien in gewisser Weise Mitglied des Bündnisses wird. Dies ist keine formelle Mitgliedschaft, aber eine partiell-faktische. Weil das so ist, glaube ich, täten wir beispielsweise dem Bündnis keinen Gefallen, wenn der Eindruck entstünde, hier wolle sich jemand quasi durch die Hintertür in das Bündnis hineinschleichen. Wir müssen Wert darauf legen, daß Rechte und Pflichten eines jeden Mitgliedstaates genau definiert werden. Dies ist nicht der Fall, wenn Spanien zwar an den Verteidigungsplanungen teilnimmt, darüber hinaus aber nicht in das Bündnis integriert ist.

Deswegen schlagen wir vor, daß die Worte „und der Verteidigungsplanung“ aus dem Resolutionsentwurf gestrichen werden, weil dies im Interesse des Bündnisses selbst liegt. Ich frage Sie: Wie steht die spanische Regierung da, wenn in ihrem eigenen Land der Eindruck entsteht, sie wolle sich sozusagen durch die Hintertür in das Bündnis hineinschleichen? Dies wäre für das Bündnis nicht von Vorteil, auch nicht für die inneren Verhältnisse des Landes.

Deswegen bin ich dafür, daß wir diese drei Worte streichen, was nicht bedeutet, daß wir prinzipiell gegen die Aufnahme Spaniens in das Bündnis wären. Ich bitte um Zustimmung.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte gegen dieses Amendement sprechen, weil es mir nicht ganz logisch erscheint, gerade nach dem, was der Kollege Gessner eben ausführte. Wenn er den Gedanken konsequent zu Ende geführt hätte, den er jetzt in die Debatte eingebracht hat, müßte er sich logischerweise dafür aussprechen, den ganzen Paragraphen zu streichen. Man kann nicht auf der einen Seite Überlegungen anstellen, wie man zu gemeinsamen Übungen kommt, wie es heißt. Man kann, Herr Kollege Gessner, wenn von gemeinsamen Übungen gesprochen wird, natürlich nicht nur an die Vereinigten Staaten denken, die ein Stützpunktabkommen mit Spanien haben. Man muß vielmehr bei solchen gemeinsamen Übungen, wenn es um die Verteidigung des Mittelmeerraums geht, selbstverständlich über die Vereinigten Staaten hinausdenken.

Natürlich ist das keine Präjudizierung des **Beitritts Spaniens zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis**. Darüber wird in Spanien entschieden; das ist eine innenpolitische Debatte in Spanien. Auch über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wird in Spanien oder in anderen Ländern entschieden, trotzdem gibt es vorher — nicht auf militärischem Sektor, sondern auf anderen Gebieten — Arrangements, Gespräche, Übereinkünfte, wodurch man sich langsam an den Zustand etwa einer Vollmitgliedschaft gewöhnt.

Ich persönlich finde es von meinem demokratischem Selbstverständnis her als viel sauberer und ehrlicher, wenn man sagt: Jawohl, wir machen gemeinsame Übungen, wenn beiderseitiges Einverständnis besteht, wenn es zu einem Agreement kommt, wie es heißt, jawohl, wir sprechen auch über eine gemeinsame Verteidigungsplanung. Warum soll man das in Demokratien nicht offen erörtern, bevor ein entsprechender Beschluß gefaßt wird? Das ist auf jeden Fall sauberer und ehrlicher als eine Geheimdiplomatie, die in der Interpretation zu ganz falschen Schlußfolgerungen führen kann.

Nochmals also: Der Klarheit und Sauberkeit halber den Paragraphen überhaupt streichen, was ich nicht möchte, oder ihn so bestehen lassen wie er ist. Ich spreche mich also gegen die Annahme des Amendements Nr. 5 aus, wodurch die beiden Worte gestrichen werden sollen.

Der Änderungsantrag wird in namentlicher Abstimmung angenommen.

Empfehlung 366

betr. die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum

Die Versammlung

- (i) nimmt das ununterbrochene Wachstum der sowjetischen Militärmacht sowie die strategischen Vorteile der Sowjetunion zur Kenntnis, vertritt jedoch die Ansicht, daß diese Faktoren in den letzten drei Jahren zu keiner spürbaren Zunahme der direkten konventionellen

militärischen Bedrohung durch die Warschauer-Pakt-Staaten im Mittelmeerraum geführt haben;

- (ii) verurteilt die Invasion Afghanistans und die andauernde Besetzung dieses Landes durch die sowjetischen Streitkräfte;
- (iii) ist besorgt über die zunehmende Gefahr der Entstehung von Konflikten und Krisen in Teilen des östlichen und südlichen Mittelmeerraumes, wodurch die Interessen der Bündnisländer direkt oder indirekt berührt werden könnten;
- (iv) lenkt die Aufmerksamkeit insbesondere auf das in diesen Regionen noch nie dagewesene Niveau moderner Waffen, die sowohl von der Sowjetunion als auch von einigen Bündnisländern geliefert werden und in Quantität wie Qualität diejenigen der benachbarten Mitgliedsländer der NATO übertreffen;
- (v) begrüßt die Rückkehr der griechischen Streitkräfte in die integrierte Militärstruktur der NATO;
- (vi) ist der Ansicht, daß, solange der Prozeß, der zur Schaffung neuer parlamentarisch-demokratischer Institutionen in der Türkei führen soll, nicht in Frage gestellt wird, die Interessen dieses Landes und des Bündnisses die Beibehaltung der Verbindungen voraussetzen, die jetzt zwischen der Türkei und den verschiedenen atlantischen und europäischen Einrichtungen bestehen;
- (vii) ist jedoch davon überzeugt, daß die Sicherheit Europas ebenfalls von diplomatischen Bemühungen, die auf eine Verringerung der vielen lokalen Spannungsursachen abzielen, sowie von Rüstungskontrollmaßnahmen abhängt,

empfiehlt dem Rat,

sofern dieses zweckdienlich erscheint, für eine konzentrierte Aktion im Nordatlantikrat oder in anderen Gremien einzutreten, um:

1. die Unteilbarkeit des Bündnisses und die Entschlossenheit aller Mitglieder, die Sicherheit im Mittelmeerraum zu erhalten, deutlicher herauszustellen;
2. den wechselseitigen Beistand im Hinblick auf die Modernisierung des Militärpotentials Griechenlands und noch dringlicher der Türkei unter besonderer Berücksichtigung der Qualität und des Niveaus der Rüstung der Nachbarländer zu stärken, damit diese beiden Länder ihre Verpflichtungen gegenüber der NATO erfüllen können;
3. die Fernmelde- und Luftabwehreinrichtungen im Mittelmeerraum zu verbessern;
4. diplomatische Bemühungen zu unternehmen, um die Nichtmitgliedstaaten der NATO davon abzuhalten, eine Nutzung der Stützpunkte oder anderer militärischer Anlagen auf ihrem Gebiet durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts zuzulassen;

5. die Politik der Bündnispartner im Hinblick auf die Waffenlieferungen an Drittländer zu harmonisieren;
6. ausreichend flexible Verteidigungsvorkehrungen zu entwickeln, um jeder unerwarteten Bedrohung des Friedens in dieser Region rasch entgegenzuwirken und die Fähigkeit zu diversifizieren, Verstärkungen herbeizuführen, die die derzeit für einen eventuellen Einsatz außerhalb des NATO-Bereichs vorgesehenen Kräfte ersetzen sollten;
7. Griechenland und die Türkei zu ermutigen, ihre Streitigkeiten rasch beizulegen und die Reorganisation der Kommandostruktur im Bereich der Ägäis zu beschleunigen;
8. Vorkehrungen zu erwägen, die Spanien eine Teilnahme an den Übungen der NATO ermöglichen sollten, solange seine völlig unabhängig zu treffende Entscheidung, dem Nordatlantik-Vertrag beizutreten, aussteht;
9. diplomatische Bemühungen zu fördern, die darauf gerichtet sind, die lokalen Spannungsursachen zu verringern, sowie die Einberufung der Konferenz für Abrüstung in Europa zu beschleunigen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache von General Bernard W. Rogers, SACEUR Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa

Herr Präsident, verehrte Parlamentarier, meine Damen und Herren! Es ist für mich eine besondere Auszeichnung, heute hier erscheinen zu dürfen. In der Vergangenheit hatte ich die Ehre, mich mit Mitgliedern des Rates der Westeuropäischen Union zu beraten. Heute freue ich mich über die Gelegenheit, vor dieser Versammlung sprechen zu dürfen.

Zunächst möchte ich öffentlich meine Dankbarkeit für die Unterstützung zum Ausdruck bringen, die die Westeuropäische Union unseren Verteidigungsanstrengungen in der NATO gewährt. Es war mir eine besondere Freude, im letzten Jahr mit Ihnen Schritte zu unternehmen, die zur Aufhebung der vertraglichen Beschränkungen der Rüstungsproduktion und -planung der deutschen Seestreitkräfte führten. Dieses Ereignis war Ausdruck der Stabilität der Beziehungen zwischen den westeuropäischen Nationen, die die WEU seit so vielen Jahren angestrebt hat. Die Aufhebung dieser Restriktionen stärkte in nicht geringem Maße auch die westliche Sicherheit.

Die WEU trägt besondere Verantwortungen im Bereich der europäischen Sicherheit, Verantwortungen, die denjenigen entsprechen, die ich als Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa trage. Wir haben die gleichen Interessen — wir bemühen uns darum, den Frieden und die Sicherheit Europas zu fördern. Meiner Ansicht nach ist diese Sicherheit in der derzeiti-

gen internationalen Umwelt ernsthaft gefährdet. Wenn ich heute vor Ihnen spreche, dann in der Absicht, den Ernst der Bedrohung, der wir gegenüberstehen, hervorzuheben, verschiedene Schlüsselaufgaben vorzuschlagen, die der Westen zur Bewältigung dieser Bedrohungen übernehmen muß, und Sie dringend um Ihre Unterstützung bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu bitten.

Gegenstand unserer Überlegungen muß in erster Linie das immer größer werdende Ungleichgewicht der Kräfte zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO sein, das sich in den letzten Jahren entwickelt hat. In den 70er Jahren haben wir erlebt, daß die Streitkräfte der NATO durch die Warschauer-Pakt-Streitkräfte überflügelt wurden. Wir haben erlebt, wie die Sowjetunion den Punkt des Gleichstandes mit dem Westen bei den strategischen nuklearen Streitkräften überschritten hat. Sie und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt haben die NATO im Bereich der LRTNF überflügelt und ihren traditionellen Vorsprung im konventionellen Bereich vergrößert.

In den letzten Jahren ist sich der Westen dieser Tendenzen im Umfeld der europäischen Sicherheit bewußt geworden. Ich bin jedoch nicht davon überzeugt, daß der Großteil unserer Bevölkerung das volle Ausmaß unserer Schwächen erkennt. Es geht um viel mehr als lediglich um einen Vergleich der Verteidigungshaushalte, auch wenn es aufschlußreich ist, daß die Sowjets für die Verteidigung Mittel aufwenden, die — in Prozent vom Bruttosozialprodukt ausgedrückt — den NATO-Durchschnitt um mehr als das Dreifache übertreffen. Ich bin vielmehr darüber besorgt, was diese massiven Investitionen für uns heute und morgen bedeuten.

Es ist allgemein bekannt, daß in solchen Schlüsselbereichen wie Divisionen, taktischen Flugzeugen, Panzern, Artillerie und U-Booten, weiterhin eine Überlegenheit des Warschauer Paktes gegenüber der NATO im Verhältnis von mehr als 2 : 1 besteht. In den letzten Jahren haben die Sowjets jedoch entschiedene Anstrengungen unternommen, um die qualitative Führung, von der die Sicherheit der NATO abhängt, zu übernehmen. Dies ist ihnen gelungen, und der Wandel ist tatsächlich radikal. Im letzten Jahrzehnt hat die UdSSR vier neue ICBM-Systeme disloziert. Ihre fortlaufenden SS-20- und Backfirebomber-Programme haben ihnen eine noch nie dagewesene Fähigkeit verliehen, jedes Ziel in Westeuropa, Asien und dem größten Teil Nordafrikas vom sowjetischen Territorium aus zu erreichen. Die NATO hat in diesem Zeitraum keine gleichwertigen nuklearen Dislozierungen vorgenommen. Die Sowjets bringen jetzt ebenfalls eine Fähigkeit zur chemischen Kriegführung in Stellung, gegen die wir kein angemessenes und modernes Vergeltungs- und Abschreckungsmittel haben. Ihre neuen Generationen der gepanzerten und mechanisierten Waffen sind qualitativ zumindest gleichwertig mit denjenigen, die die meisten NATO-Staaten heutzutage einsetzen. Die jüngsten Kampfflugzeuge der Sowjets sind den Flugzeugtypen, die sie ersetzen, in der Reichweite dreifach und in der Nutzlast zweifach überlegen. Deutlicher denn je wird uns vor Augen

geführt, daß die Sowjets über eine umfangreiche Überwasserflotte mit seegestützten Luftstreitkräften, moderne raketenbestückte Kreuzer und über U-Boote verfügen, die schneller sind und größere Tauchtiefen haben als unsere eigenen.

Diese rasche Modernisierung der Streitkräfte der Sowjetunion und der anderen Warschauer Pakt-Staaten ist in den letzten Berichten dieser Versammlung vermerkt worden und gibt in allen NATO-Ländern Anlaß zu schwerwiegender Besorgnis. Während die UdSSR in die 70er Jahre als eine kontinentale Landmacht mit in erster Linie defensiv orientierten See- und Luftstreitkräften eingetreten ist, tritt sie in den 80er Jahren als eine offensiv orientierte Weltmacht auf. In allen Kategorien derjenigen Streitkräfte, die für die NATO zur Durchführung ihrer Strategie erforderlich sind — strategische und taktische Nuklearstreitkräfte und konventionelle Streitkräfte — hat der Warschauer Pakt meiner Ansicht nach die NATO jetzt übertroffen — oder wird dies bald tun.

Dies ist eine harte Schlußfolgerung, die aber, wie ich Ihnen versichern kann, auf eine Abwägung der Schwächen und Stärken des Warschauer Pakts gestützt ist. Die derzeitigen sowjetischen Streitkräfte und in geringerem Maße diejenigen der Warschauer Pakt-Staaten haben mehr geleistet, als lediglich die Zahl ihrer Panzer, Schiffe und Flugzeuge zu erhöhen. Sie haben ebenfalls umfangreiche Verbesserungen im Bereich der Spitzentechnologien durchgeführt, wie z. B. im Hinblick auf die Verlässlichkeit ihrer Fernmeldeeinrichtungen; die Mobilität und Treffsicherheit ihrer Luftabwehr- und Artilleriesysteme; ihre Fähigkeiten in der Kriegführung auf See; und in allen Bereichen ihre Fähigkeit, offensiven Gefechtsfeldoperationen standzuhalten durch extensive Transportverbesserungen, Vorauslagerung von Material und eine einsatzbereite Industriebasis zur Herstellung von Rüstungsgütern. Diese militärischen Anstrengungen decken das gesamte Spektrum der militärischen Fähigkeiten ab und sind ebenso ausgewogen wie extensiv erfolgt, und wir müssen der Realität ins Auge sehen, daß unsere eigenen Vorteile in erheblichem Maße geschwunden sind.

Das Ausmaß dieses militärischen Aufbaus steht in schroffem Gegensatz zu den inneren Problemen in der Sowjetunion und den Warschauer Pakt-Staaten — Problemen wie rückläufige Produktivität, landwirtschaftliche Probleme, Nachfolge für die Spitzenpositionen und Rückgang des prozentualen Anteils der Russen in der sowjetischen Gesellschaft.

In der Sowjetunion wächst auch die Besorgnis über die Treue ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt. Polen ist nur die jüngste Manifestation der Unzufriedenheit über den Kommunismus sowjetischer Prägung. Einige westliche Beobachter deuten diese Tendenzen als Anzeichen einer langfristigen Schwäche des Warschauer Pakts. Ich stimme dem zu, aber die Kehrseite der Medaille ist beunruhigend. Trotz des vorhandenen Potentials für größere politische und wirtschaftliche Probleme gibt es keine Anzeichen dafür, daß der Umfang der sowjetischen Investitionen auf militärischem Gebiet durch inländi-

sche Bedürfnisse eingeschränkt oder in diesem Jahrzehnt abnehmen wird. Wenn, wie vielerorts vorausgesagt wird, die Sowjets noch mehr Mißerfolge erleiden und vorausahnen, daß ihre Ideologie in Zukunft an Attraktivität verlieren wird, dann können sie durchaus in verstärktem Maße zu dem Erfolgsbereich Zuflucht nehmen, in dem die UdSSR eine Supermacht ist — die Ausübung von Militärmacht.

Das weitere strategische Umfeld enthält zahlreiche Beispiele für eine demonstrierte Bereitschaft und Fähigkeit der Sowjets, militärische Macht zu politischen Zwecken einzusetzen. Die Ereignisse in Polen zeigen deutlich ihre fortgesetzte Bereitschaft, ihre Streitkräfte einzusetzen, um ihre Verbündeten im Warschauer Pakt einzuschüchtern. In Afghanistan verfolgt die Sowjetunion eine Politik der Ausweitung der Breschnew-Doktrin, um eine militärische Intervention außerhalb des Warschauer Pakt-Bereichs zu rechtfertigen. Wir sind Zeuge der Machtentfaltung in Afghanistan geworden, ohne daß die Kriegsbereitschaft der Sowjets gegenüber der NATO erkennbar abgenommen hat. Und wir haben jetzt deutliche Anzeichen dafür, daß der Kreml sich sowohl politisch als auch militärisch auf eine langfristige Besetzung Afghanistans vorbereitet. Dazu gehört der Bau von ständigen sowjetischen Militäranlagen und die Einschleusung mehrerer tausend sowjetischer Zivilisten in die afghanische Bürokratie und Wirtschaft auf nationaler und lokaler Ebene.

Bei dieser jüngsten Aggression besteht die größte Gefahr für die Bündnis-Staaten eindeutig darin, daß die Sowjets eine bessere Position erworben haben, um eine Region zu bedrohen, deren Ressourcen für den Westen unentbehrlich sind. Dieser Vorstoß der sowjetischen Streitkräfte und des sowjetischen Einflusses nach Süden kann zur Destabilisierung von Staaten führen, die von der freien Welt Unterstützung und den Ausbau von Handelsbeziehungen erhoffen. Daher werden wir mit einer zweifachen Bedrohung, innerhalb und außerhalb der Grenzen der NATO, konfrontiert.

Dies ist also die Herausforderung des Westens durch den Warschauer Pakt in den 80er Jahren. Umfassende Modernisierungen und eine wachsende Fähigkeit der Machtentfaltung stärken ein bereits ausgedehntes offensiv ausgerichtetes militärisches Establishment des Warschauer Pakts. Wie dieses Militärpotential auf dem internationalen Schauplatz eingesetzt werden wird, kann nicht genau beurteilt werden. Vieles hängt von den inneren Entwicklungen im Warschauer Pakt ab; von den Erfahrungen der Sowjets in Afghanistan; von den voraussehbaren oder nicht voraussehbaren Ereignissen in der ganzen Welt; und von dem sowjetischen Kalkül über die Gelegenheit, diese Ereignisse auszunutzen.

Wir können lange darüber streiten, ob die Sowjets eine langfristige Rahmenstrategie oder eine Strategie verfolgen, die Ereignisse nach opportunistischen Gesichtspunkten ausnutzt. In beiden Fällen scheint mir eines klar zu sein: der einzige bedeutende Faktor, der die Grenzen des sowjetischen Verhaltens bestimmt, wird der Grad an Widerstand sein, den sie erwarten. Dieser Tatbestand verleiht der Verteidigungspolitik der NATO in dieser Dekade eine ein-

deutige globale Richtung: wo sowjetische Aktivitäten unsere lebenswichtigen Interessen bedrohen, müssen wir darauf vorbereitet sein, die Sowjets abzuschrecken oder einen Gegenschlag zu führen. Innerhalb des NATO-Bereichs bedeutet das, daß wir unsere Strategie der flexiblen Reaktion durch die Maßnahmen, auf die wir uns in der Vergangenheit geeinigt haben, und durch neue geeignete Maßnahmen stützen müssen. Wir müssen auch erkennen, daß unsere Sicherheit in einem unvorhergesehenen Ausmaß von der Bereitstellung von Ressourcen abhängen wird, um gemeinsame Interessen auch außerhalb des NATO-Bereichs zu schützen. Es ist mehr erforderlich als nur die Neuverteilung von bereits unzureichenden Ressourcen; erhöhte Ressourcen müssen für unsere Sicherheitsvorkehrungen bereitgestellt werden.

Meiner Ansicht nach gibt die Fähigkeit der NATO, Angriffe abzuschrecken und auf äußere Bedrohungen zu reagieren, heute Anlaß zu größter Besorgnis. Was den ersten Punkt betrifft, so findet ein ständiger relativer Rückgang der militärischen Fähigkeiten der NATO im Vergleich zu denjenigen des Warschauer Pakts statt. Ich sage dies, auch wenn ich anerkenne, daß das Bündnis eine erhebliche Stärke aufweist und in den letzten Jahren substantielle Ressourcen aufgewendet hat, um seine Verteidigungsposition zu verbessern. Was den zweiten Punkt betrifft, haben zwar einige Mitglieder der NATO beträchtliche Opfer gebracht, aber zu viele Sicherheitsverpflichtungen entwickeln sich zu dem, was ich als „überfällige Schuldscheine“ bezeichne. Da meine Mitarbeiter mit den Staaten über Vorschläge hinsichtlich der Streitkräfte verhandeln, stellen sie in fast jedem Bündnisland Auslassungen, Kürzungen und Streichungen von wichtigen Programmen fest. Drittens ändert sich dieses Schema der unzureichenden Reaktion in den meisten Nationen nicht — die Vereinigten Staaten scheinen die große Ausnahme zu sein —, obwohl sich durch die sowjetische Invasion in Afghanistan neue Verteidigerfordernisse ergeben haben. Auch wenn der alliierte Kommandobereich Europa jedes Jahr an Stärke zunimmt, wird die Kluft zwischen den relativen Fähigkeiten der Streitkräfte des Warschauer Pakts und der NATO größer. Das unablässige Anwachsen der sowjetischen Militärmacht und andererseits das unzureichende und häufig zögernde Einhalten von Verpflichtungen durch die NATO-Staaten hat zur Folge, daß die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckungskraft gefährdet ist.

Es muß dringendes Anliegen der Staaten des Bündnisses sein, das derzeitige Ungleichgewicht zu beseitigen. Ich möchte deshalb den Schluß meiner Ausführungen einem Überblick über die weiten Gebiete widmen, denen wir, meiner festen Überzeugung nach, unsere Aufmerksamkeit in diesem Jahrzehnt zuwenden müssen.

An erster Stelle meiner Prioritätenliste steht die Aufgabe, unverzüglich die langfristigen Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Gewähr zu bieten, daß unsere Position der militärischen Abschreckung glaubhaft bleibt. Das Bündnis muß die ganze Palette von Streitkräften und Waffen aufbie-

ten, die die Strategie der „flexiblen Antwort“ erfordert — jenes Kontinuum aus konventionellen Streitkräften, nuklearen Mittelstreckensystemen (TNF) und strategischen Nuklear-Streitkräften.

Die strategischen nuklearen Streitkräfte der NATO bleiben der sicherste Garant unserer Abschreckung. Sie müssen in einer glaubhaften Kondition gehalten werden und mit der Sicherheit Europas gekoppelt sein.

Die Strategie des Bündnisses erfordert auch glaubhafte nukleare Mittelstreckensysteme (TNF), ein Bereich, in dem wir dem Warschauer Pakt gefährlich nachhinken, und auf den ich später in meinen Ausführungen zurückkommen werde.

Als ein integraler Bestandteil unserer Abschreckung muß die NATO auch für eine konventionelle Vorneverteidigung gerüstet sein. Wir sehen uns in allen Bereichen der konventionellen Verteidigungsbereitschaft mit großen Herausforderungen konfrontiert, so müssen wir z. B. über genügend Streitkräfte verfügen, die personell angemessen besetzt, ausgerüstet und ausgebildet sind, den Erfordernissen entsprechend disloziert, und die in der Lage sind, schnell und effektiv zur Verteidigung überzugehen und sich zu halten, bis wir nachrücken. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wird teuer sein und ein Großteil der Investitionen unserer Staaten muß für diese Streitkräfte aufgewendet werden.

Ein kritischer Aspekt beim Aufbau einer glaubwürdigen konventionellen Abschreckung ist die Stärkung der Flanken des Bündnisses. Im Norden ist es unbedingt erforderlich, der wachsenden sowjetischen Seestreitmacht zu begegnen, die Norwegen und Dänemark sowie die transatlantischen Verbindungslinien bedroht, über die die lebenswichtigen Verstärkungen und Versorgungslieferungen für alle Gebiete des Alliierten Kommandobereichs Europa kommen müssen.

Im Süden ist die Sicherheit des Mittelmeerraumes eine ständig wachsende Sorge des Bündnisses und, wie Ihrer Tagesordnung zu entnehmen ist, eines der aktuellen Anliegen dieser Versammlung. Die südliche Region der NATO ist jetzt weniger eine Flanke als eine Brücke für die lebenswichtigen Interessen des Bündnisses im Nahen Osten und in Südwestasien. Wir haben das ständige Anwachsen der sowjetischen Macht gegenüber den südlichen Staaten der NATO und im Mittelmeer erlebt. Die Verbesserung unserer dortigen Lage erfordert:

- Modernisierung der Strukturen der lokalen Streitkräfte;
- extensive militärische und wirtschaftliche Hilfsprogramme des Bündnisses für die Türkei, Portugal und Griechenland und
- Bereitstellung größerer Verstärkungen bei unserer Mobilmachungsplanung.

Diese und andere notwendige Maßnahmen sind in dem Bericht über die Sicherheit des Mittelmeeres enthalten, der heute vor Ihnen liegt.

Dieser Notwendigkeit haftet natürlich die quälende Ironie an, uns auf die Führung eines Krieges vorbe-

reiten zu müssen, um von einem Krieg abzuschrecken. Dies ist um so quälender angesichts der Früchte des Friedens, die wir seit mehr als drei Jahrzehnten genießen, — die vielfach zu unserer Selbstzufriedenheit und zu unserem Wunschdenken beitragen —, und angesichts der Ansprüche von Sozial- und Wohlfahrtsprogrammen, die unsere Völker erwarten. Doch wie der Generalsekretär der NATO kürzlich zu bedenken gegeben hat: „Wie hoch sich der Preis für den Schutz der freien Lebensform des Westens auch immer stellen mag, ist er doch unvergleichlich geringer als der Preis, den wir entrichten müßten, um jene Lebensform wiederherzustellen, sollte sie uns je verloren gehen.“

Eine zweite in engem Zusammenhang damit stehende Aufgabe für das Bündnis besteht darin, ein konkretes Programm für die Reaktion der NATO auf außerhalb der Grenzen des Bündnisses entstehende Herausforderungen aufzustellen. Im vergangenen Jahr haben wir in verschiedenen Mitgliedstaaten, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die begrüßenswerte Entwicklung von Konzepten für die rasche Dislozierung von Streitkräften in außerhalb liegende Gebiete beobachtet, wo lebenswichtige Interessen des Bündnisses potentiell in Gefahr sind. Die Umsetzung dieser Konzepte in Elemente der NATO-Planung werden in den nächsten Jahren Vorrang in der Tagesordnung bei SHAPE und andernorts im Alliierten Kommandobereich Europa einnehmen. Sie wird auch eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten mit sich bringen, die Erfüllung ihrer Aufgaben bei einer neuen Arbeitsteilung sicherzustellen, um die Übernahme von außerhalb des NATO-Bereichs liegenden Verpflichtungen durch die Vereinigten Staaten und andere Mitglieder zu kompensieren.

Diese doppelte Reaktionsbereitschaft, innerhalb und jenseits der Grenzen der NATO, wird intensive Bemühungen unserer Staaten erfordern, sowohl die Substanz als auch die Sichtbarkeit der Solidarität des Bündnisses aufrechtzuerhalten. Dies stellt eine dritte große Aufgabe dar. Die vergangenen drei Jahrzehnte haben uns gelehrt, daß große Initiativen des Bündnisses letztlich von der Erzielung eines breiten Konsenses abhängen, der auf eingehenden und ständigen Konsultationen beruht. Wir können es uns nicht leisten, daß größere Spaltungen wegen der Verteidigungspolitik entstehen. Statt dessen müssen wir auf die Einmütigkeit bauen, wie sie sich bei der Annahme der LRTNF-Doppelbeschlusses, den Nach-Afghanistan-Maßnahmen und der Entschlossenheit gegenüber einer möglichen sowjetischen Intervention in Polen gezeigt hat. Wir müssen vor allem wachsam die Versuche des Ostens ausschließen, uns in Fragen auseinanderzubringen, bei denen feste Verpflichtungen eingegangen worden sind.

Als eine vierte vordringliche Aufgabe müssen wir sicherstellen, daß wir unsere technologische und wissenschaftliche Überlegenheit auf kollektiver Basis nutzen, und daß wir neue Durchbrüche suchen, mit denen wir unsere Verteidigungs- und damit zugleich auch unsere Abschreckungskapazität verbessern können. Wir müssen gleichzeitig sehr vorsichtig

sein, wenn es darum geht, Hochleistungstechnologien nach dem Osten zu exportieren, wo man sie gegen uns verwenden kann. Ferner müssen wir uns energisch um verifizierbare und ausgewogene Rüstungskontrollvereinbarungen bemühen, die die Voraussagbarkeit der militärischen Lage verbessern, so zu deren Stabilisierung und Lenkbarkeit beitragen und zu einem niedrigeren und ausgewogeneren Niveau der Rüstungen und Streitkräfte führen. Ich teile mit den Mitgliedern der Versammlung die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ein derartiges Ergebnis in den künftigen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme (TNF) erreichen werden.

Sie werden heute nachmittag das Problem der nuklearen Mittelstreckensysteme (TNF) diskutieren. Wenn ich dieser Diskussion auch nicht vorgreifen möchte, so würde ich doch gern einige meiner Ansichten zu diesem wichtigen Thema äußern. Zunächst glaube ich, daß heute kein einziges Thema für die Sicherheit und Glaubwürdigkeit der NATO wesentlicher ist, als daß die NATO-Staaten den Beschluß von Dezember 1979 verwirklichen, die weitreichenden nuklearen Mittelstreckensysteme (LRTNF) mit Pershing II und bodengestützten Marschflugkörpern zu modernisieren und gleichzeitig Rüstungskontrollmaßnahmen mit den Sowjets anzustreben mit dem Ziel, diese Streitkräfte zu reduzieren und in ein Gleichgewicht zu bringen.

Wir müssen mit dem von der NATO geplanten Programm für die weitreichenden nuklearen Mittelstreckensysteme (LRTNF) fortfahren, weil im Gegensatz zur sowjetischen Propaganda das Gleichgewicht durch die Dislozierung von über 225 zielgenauen mobilen Raketen vom Typ SS 20 mit jeweils drei Gefechtsköpfen von sowjetischer Seite bereits gestört ist. Diese Dislozierung wird mit monatlich fünf weiteren SS 20-Raketen fortgesetzt. Die Streitmacht der NATO mit 572 Raketen mit jeweils einem Gefechtskopf, mit deren Dislozierung noch nicht einmal innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre begonnen werden soll, wurde schon von den sowjetischerseits dislozierten 675 SS 20-Gefechtsköpfen überboten. Das Ziel unserer eigenen Dislozierung besteht nicht darin, Gefechtskopf für Gefechtskopf mit den Sowjets gleichzuziehen, sondern eine sichtbare und überlebensfähige Streitmacht aufzustellen, um eine gefährliche Lücke in unserem Kontinuum der Abschreckung zu schließen.

Die Solidarität der Verbündeten bei der uneingeschränkten Verwirklichung des NATO-Programms für die weitreichenden nuklearen Mittelstreckensysteme (LRTNF) ist auch unerläßliche Vorbedingung für den Fortschritt in der Rüstungskontrolle bei den Mittelstreckensystemen. Angesichts eines bestehenden Ungleichgewichts bei den Mittelstreckensystemen, selbst im Hinblick auf alle bisher geplanten NATO-Dislozierungen, wird es schwer genug fallen, eine ausgewogene Vereinbarung mit der Sowjetunion zustandezubringen. Jeder Ausfall oder jedes Versäumnis bei NATO-Dislozierungen würde uns nichts anderes übrig lassen, als die Sowjets zu ersuchen, es uns gleichzutun und ihre Raketen vom Typ SS 20 abzubauen. Wir brauchen uns nur an die völ-

lige Mißachtung der vom Westen im abgelaufenen Jahrzehnt an die Sowjets gerichteten Aufforderungen zur Zurückhaltung auf diesem Gebiet zu erinnern, um zu begreifen, wie naiv eine solche Hoffnung wäre.

So edel unsere Absichten auch immer sein mögen, die Sicherheit des Bündnisses wird durch eine Politik der einseitigen Mäßigung, die in den siebziger Jahren gescheitert ist, nicht im geringsten gefördert werden. Es wäre unklug, wollten wir die Rüstungsbegrenzung bei den nuklearen Mittelstreckensystemen ohne Rücksicht auf das Gesamtgleichgewicht bei den konventionellen Waffen anstreben. Die Rüstungskontrolle muß Instrument auf der Suche nach einer Welt größerer Sicherheit sein — sie darf nicht zum Selbstzweck werden. Sie darf das höhere Ziel eines stabilen Gleichgewichts bei allen Streitkräften nicht verdecken — sie kann und muß vielmehr eine komplementäre Funktion auf dem Weg zu diesem Ziel erfüllen, indem sie ein Gleichgewicht auf einem niedrigeren Rüstungsniveau möglich macht.

Die Doppelzielsetzung der Modernisierung der LRTNF einerseits und der Rüstungskontrollanstrengungen andererseits ist sehr vielschichtig. Sie eignet sich nicht dazu, in einfacher Weise der breiten Öffentlichkeit in unseren demokratischen Ländern erklärt zu werden. Dennoch ist sie täglich Gegenstand von häufig vereinfachenden Appellen an Emotionen, Appellen, die in den meisten Fällen den Sicherheitsinitiativen der NATO zuwiderlaufen. In dieser Hinsicht steht das zweigleisige NATO-Programm für die LRTNF keineswegs allein da: Es teilt mit anderen Bereichen der westlichen Verteidigungsanstrengungen das Schicksal, unzureichend verstanden und willkürlich verteufelt zu werden. Zu den Gründen hierfür zählt die natürliche Neigung unserer Völker, den Frieden zu wollen, was selbstverständlich eine Tugend ist. Ein anderer Grund ist darin zu sehen, daß das Verlangen, unseren hohen Lebensstandard beizubehalten, oft dazu führt, daß die Realität durch Wunschdenken verschleiert wird. Ein weiterer Grund — auch betrüblicherweise natürlich — liegt darin, daß es vielen führenden Politikern in der freien Welt widerstrebt, auf die Bedrohung hinzuweisen und offen auszusprechen, daß Frieden und Freiheit Opfer seitens unserer Völker verlangen.

Dies impliziert die sechste und vielleicht wichtigste Aufgabe, vor die das Bündnis gestellt ist. Wir, die wir militärisch und politisch verantwortliche Positionen für die Staaten des Westens und in ihnen einnehmen, müssen unsere Öffentlichkeit voll über die Art der gegen unsere Sicherheit gerichteten Herausforderung informieren. Wir dürfen durch unser Schweigen nicht zulassen, daß unsere Völker zu einem falschen Gefühl der Sicherheit und Selbstzufriedenheit verleitet werden. Wir müssen diese Menschen vom Ernst der Lage überzeugen, von den Risiken, denen sie gegenüberstehen, und an ihre Bereitschaft appellieren, Opfer für ihre eigene Sicherheit zu bringen.

Wir müssen unsere Völker auch zu der Erkenntnis bringen, daß die Lage trotz des bestehenden und zunehmenden Ungleichgewichts nicht gänzlich unherrschbar geworden ist, und daß sie sich wieder ins

Gleichgewicht bringen läßt. Unsere Demokratien im Westen haben viele Vorteile aufzuweisen, darunter auch die kollektive Fähigkeit, die erforderlichen und überlegenen Ressourcen zur Erfüllung unserer gemeinsamen Verteidigungserfordernisse aufzubieten zu können, wenn wir nur fest dazu entschlossen sind. Unsere Völker müssen verstehen lernen, daß diese Anstrengungen Zeit, Geduld und die Bereitstellung größerer Hilfsquellen erfordern. Aber es ist tatsächlich so, und das wissen wir alle, daß die Freiheit nicht zu einem billigen Preis zu haben ist. Auf lange Sicht hängt letztlich von der bewußten Verpflichtung unserer Völker ihrer eigenen Sicherheit gegenüber — einer Verpflichtung, die es den politischen Führern mit unmißverständlicher Klarheit zu vermitteln gilt — der gemeinsame Wille des Bündnisses ab, der Zukunft gefestigt zu beugen.

Somit steht unsere Bereitschaft, die Öffentlichkeit zu informieren und sie zu der kollektiven Entschlossenheit zu bewegen, ihre Freiheit zu schützen, auf gleicher Ebene mit jenen fünf Aufgaben, von denen ich gesprochen habe; sie ist in der Tat von entscheidender Bedeutung für jede einzelne von ihnen und sollte vielleicht die Vorrangstellung einnehmen.

Für all diese Aufgaben und insbesondere für die letztgenannte — die entschlossene Führung der Öffentlichkeit — ersuche ich dringend Ihre Mitwirkung und die Mitwirkung Ihrer Kollegen in den Bündnisstaaten. Denn nur, wenn wir das Ausmaß und die anhaltende Zunahme der doppelten Bedrohung begreifen, der wir ausgesetzt sind, und nur, wenn wir auf sie in einer Art und Weise reagieren, die von der Sowjetunion eindeutig als Zeichen für unsere kollektive Entschlossenheit verstanden werden kann, jeden Preis zu zahlen, den die Aufrechterhaltung unserer Aktionsfreiheit, unserer Wertvorstellungen und unserer Lebensform notwendig macht, können wir hoffen, daß die Sowjets von ihrem eigentlichen Ziel in Westeuropa zurückschrecken werden: dessen Beherrschung.

Dr. Gessner (SPD): Herr General, wir haben Ihre Ausführungen mit großem Interesse gehört. Sie haben dargestellt, die sowjetische Regierung rüste immer stärker, ihr Militärpotential sei immer stärker geworden.

Nun möchte ich Sie fragen: Was sind Ihrer Auffassung nach die **Motive der Sowjetunion für diese forcierte Rüstung**? Glauben Sie, daß die Sowjetunion beispielsweise daran interessiert ist, in einen forcierten Rüstungswettkampf mit uns einzutreten? Glauben Sie, daß die Sowjetunion den Krieg vorbereitet? Oder was sonst sind Ihrer Meinung nach die Motive für das Verhalten der Sowjetunion?

General Rogers, SACEUR, führt in seiner Antwort als auslösendes Moment der sowjetischen Aufrüstung die Kuba-Krise 1962 an, in der sich die UdSSR einem Druck habe beugen müssen. Ferner stütze sich das Regime auf Armee und Streitkräfte, was einen unwiderstehlichen Trend in die gleiche Richtung bewirke. Drittens fühle sich die Sowjetunion auf drei Seiten militärisch eingekreist und sei auch nicht von der defensiven Natur des westlichen

Bündnisses überzeugt. Letztlich spielen noch eine gewisse Rolle, daß mit jedem neuen Rüstungsbetrieb eine Anzahl von Personen in eine privilegierte Stellung aufrücken. Das einzige Gegenmittel in dieser Situation seien wirksame Rüstungskontrollmaßnahmen.

Jung (Kandel) (SPD): Herr General, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, daß sich die NATO ständig überlegt, wie zur Sicherung auch der Energieversorgung Europas möglicherweise diese **Rapid Deployment Forces** entwickelt werden. In Gesprächen mit führenden Politikern der Golf-Region mußte ich allerdings feststellen, daß die Bereitschaft zur Aufnahme solcher Rapid Deployment Forces in der Region sehr, sehr gering ist, daß also dagegen eine große Ablehnung besteht. Welche Alternativen hierzu gibt es?

Die zweite Frage, Herr General: Sie haben im Zusammenhang mit den eurostrategischen Systemen einerseits auf die SS-20 hingewiesen, die gegen Europa gerichtet sind, und auf der anderen Seite — in der Antwort auf die Frage eines Kollegen — bestätigt, daß bodengestützte Systeme mit Ausnahme der 18 französischen in Europa nicht existieren. Die Sowjetunion fordert nun die Einbeziehung auch der Forward Based Systems in Rüstungskontrollgespräche und behauptet, daß, wenn die Forward Based Systems einbezogen werden, 1000 gegen 1000 Systeme stehen. Können Sie unter Einbeziehung der Forward Based Systems die **Zahl der eurostrategischen Systeme** hier bestätigen oder bekanntgeben?

In seiner Antwort auf die erste Frage beschränkt sich General Rogers, SACEUR, auf die Feststellung, daß nach seiner Ansicht die RDF nicht ohne vorherige Konsultation mit den Staaten der betreffenden Region disloziert würden. — Zur zweiten Frage bemerkt er, die Sowjetunion stelle bisher ihren SS-20 die westlichen FBS gegenüber. Jedoch verfüge sie selbst über FBS, und es sei nicht vorherzusehen, wie diese Frage sich in Verhandlungen entwickeln werde.

Amrehn (CDU/CSU): Wie kann, Herr General, das spezielle **eurostrategische Gleichgewicht** wieder hergestellt werden, wenn die SS-20 5000 Kilometer fliegt und Pershing II nur 1900 Kilometer fliegt?

Was spricht dagegen, die Pershing auf **See abzustützen** an Stelle der Abstützung auf Land?

General Rogers (SACEUR) erwidert, bei den eurostrategischen Waffen komme es weniger auf ein quantitatives oder qualitatives Gleichgewicht an, als vielmehr auf die bloße Fähigkeit des Westens, auch mit diesen Waffen sowjetischen Boden erreichen zu können, was bisher — abgesehen von Flugzeugen — nicht der Fall sei. Außerdem werde dadurch eine engere Verbindung der strategischen Waffen der USA und Großbritanniens zu den TNF und konventionellen Streitkräften bewirkt. — Zur Frage nach den Gründen, die gegen eine Seestützung der Pershing II Raketen sprechen, verweist General Rogers auf den sichtbaren Ausdruck der Bünd-

nissolidarität bei landgestützten Systemen, auf die geringere Zielgenauigkeit seegestützter Raketen sowie auf die eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit mit letzteren.

Tagesordnungspunkt:

Die Gespräche über die Reduzierung der LRTNF in Europa

Berichterstatter: Abg. Mommersteeg
(Drucksache 879)

Bahr (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang möchte ich zwei Feststellungen treffen. Die erste ist, daß dieser Bericht, den wir eben gehört haben, ein Zeichen dafür darstellt, daß auch ein kurzer Bericht sehr inhaltsreich sein kann. Dafür sind wir dem Kollegen Mommersteeg besonders dankbar.

Die zweite Bemerkung ist, daß dieser Bericht ein Zeichen dafür ist, daß die Gegner der WEU nicht recht haben, wenn sie uns vorwerfen, wir seien nur für die Rüstung und kümmerten uns nicht um die Rüstungskontrolle.

Wir haben heute morgen den amerikanischen Oberbefehlshaber gehört. Er ist der oberste amerikanische Soldat in Europa, der Weisungen der politischen Führung unterworfen ist und Weisungen an die ihm unterstellten Verbände zu geben hat. Es ist völlig klar, daß das, was er hier gesagt hat, den Interessen des Oberbefehlshabers entspricht, was die politische Verantwortung der ihm vorgesetzten Gremien nicht ausschließt.

Wir haben unsere Entscheidungen auf den **Doppelbeschluß der NATO** zu gründen, der schon mehrfach erwähnt worden ist. Ich glaube, daß die Empfehlungen, die Herr Mommersteeg in seinem Bericht gegeben hat, dem auch entsprechen. Beide Teile dieses Doppelbeschlusses müssen gültig bleiben. Ohne diesen Doppelbeschluß wäre es nicht zu der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft gekommen, und ohne Verhandlungen werden wir nicht die Ziele erreichen, die wir uns in dem Bericht gesetzt haben.

Als einer, der vor wenigen Tagen noch die Gelegenheit hatte, in Moskau zu sein, kann ich Ihnen sagen, daß man auch in der Sowjetunion davon ausgeht, daß der NATO-Doppelbeschluß gilt. Ich sage das gerade im Hinblick auf einige Bemerkungen, die Herr Mommersteeg im Zusammenhang mit der zunehmenden Friedensbewegung in einer Reihe von Mitgliedstaaten gemacht hat. Ich glaube, wir alle können die Sorge verstehen, die viele Menschen, insbesondere junge, auf Grund der zunehmenden Gefahren bei einem ungebremsten Rüstungswettlauf haben. Aber gerade denen müssen wir sagen: Diese Gefahren sind nur durch Verhandlungen zu bändigen, und Verhandlungen werden nicht stattfinden, wenn man an den bestehenden Doppelbeschluß der NATO rührt. Wer Verhandlungen will, muß meiner festen Überzeugung nach auch ein Ja zu dem Doppelbeschluß sagen.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen über das Ziel der Verhandlungen machen. Ich glaube, es ist unbestreitbar, daß es in der Sowjetunion Sorgen über die neuen Raketen gibt, die die Vereinigten Staaten in Europa zu stationieren beabsichtigen. Dort wird darauf aufmerksam gemacht, daß die **Vorwarnzeiten** auf wenige Minuten reduziert werden und daß es praktisch gegen die amerikanischen Raketen vom Typ Pershing II keine Abwehrmöglichkeiten gibt. Ich glaube, das ist richtig.

Aber wir müssen darauf hinweisen, daß wir in Westeuropa schon jetzt unter einer gleichen Bedrohung leben. Die SS-20 soll nicht erst in zwei oder drei Jahren stationiert werden, sie ist schon da, und ihre Flugzeit ist eben auch nicht länger, als die der Pershing II sein würde. Sie beträgt auch nur vier oder fünf oder allenfalls sechs Minuten, und die Abwehrmöglichkeiten gegen diese Rakete sind auch gleich Null. Mit anderen Worten, wir leben in Westeuropa schon unter dieser ständigen Bedrohung, unter die die Sowjetunion nicht kommen möchte.

Wenn man diese Situation verändern will, dann gibt es keinen anderen Weg als den zu Verhandlungen. Dies ist der Vorschlag, den der von Herrn Mommersteeg vorgelegte Bericht macht.

Meine Kollegen werden die Änderungen, die wir gern vorgenommen haben möchten, im einzelnen begründen. Die ersten drei Änderungsanträge verändern den Bericht überhaupt nicht in der Tendenz, sondern unterstreichen nur die Dringlichkeit, mit der wir zu Verhandlungen kommen wollen, um zu Ergebnissen eines Gleichgewichts auf einer möglichst niedrigen Ebene zu kommen.

Mit dem 4. Änderungsantrag machen wir den Vorschlag, den Inhalt dieses Berichts zu ergänzen um die Unterstützung einer Konferenz, über die in Madrid als Nachfolgekonferenz von Madrid verhandelt wird und die, soweit ich sehen kann, im Prinzip die Unterstützung der Regierungen aller unserer Mitgliedstaaten gefunden hat. Insofern wäre dieser Änderungsantrag eine Ergänzung der Vorschläge, die hier vorgelegt werden.

Ich wäre dankbar, wenn alles eine möglichst breite Zustimmung finden könnte.

Empfehlung 367

betr. die Gespräche über die Reduzierung der LRTNF

Die Versammlung

- (i) glaubt, daß die breite wirtschaftliche und kulturelle Interdependenz Europas und der Vereinigten Staaten sowie ihre gemeinsamen Vorstellungen von einer offenen Gesellschaft einen freimütigen Dialog zwischen beiden Partnern sowohl möglich als auch wünschenswert machen, besonders hinsichtlich der beiderseitigen Sicherheit;
- (ii) erachtet es für wünschenswert, daß die europäischen Länder des Bündnisses eine ge-

meinsame, konstruktive Position in diesem Dialog einnehmen, um auf die Vereinigten Staaten, insbesondere in Sicherheitsfragen wie LRTNF, besser Einfluß nehmen zu können;

- (iii) stellt mit Besorgnis die massive Modernisierung der konventionellen und nuklearen Streitkräfte der Sowjetunion und insbesondere die anhaltende Dislozierung von SS-20-Raketen in dem in Empfehlung 360 vorausgesehenen Rhythmus fest;
- (iv) wiederholt ihre Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 über die LRTNF als eine realistische Grundlage für ernsthafte Verhandlungen über Reduzierungen dieser Waffen;
- (v) ist überzeugt, daß solche Verhandlungen den politischen Impuls zu weitgefaßten Verhandlungen über die Begrenzung und Verringerung aller Kernwaffen — strategische und taktische, im Langstrecken- und Gefechtsfeldbereich — geben sollten, um ein zügelloses nukleares Wettrüsten in einer bereits allzu gefährlichen Welt zu verhindern;
- (vi) betont die dringende Notwendigkeit, unverzüglich die LRTNF-Verhandlungen mit der Sowjetunion einzuleiten und sie im allgemeinen Rahmen der SALT-Gespräche fortzuführen und dabei das gesamte Spektrum der Kernwaffen, von dem die Abschreckung abhängt, zu berücksichtigen, um ein Einvernehmen über eine ungefähre Parität zu erzielen, die sich auf reduzierte Stückzahlen aller Waffen dieses Typs im Rahmen des gesamten militärischen Gleichgewichts stützt;
- (vii) ist sich der Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den konventionellen Streitkräften an der Mittelfront bewußt;
- (viii) ist sich bewußt, daß sich jede Verteidigungspolitik auf das Vertrauen und die Unterstützung einer gut informierten Öffentlichkeit stützen muß, daß diese Öffentlichkeit über die Kernwaffen sowohl beunruhigt als auch verwirrt ist, und fordert demzufolge die Veröffentlichung von objektiven vergleichbaren Informationen über das nukleare Gleichgewicht in seiner Gesamtheit, wie es von der NATO und dem Warschauer Pakt gesehen wird;
- (ix) begrüßt die Entscheidung der Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion vor Ende des Jahres Verhandlungen über LRTNF aufzunehmen;
- (x) begrüßt insbesondere die von den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, ihre Verbündeten in Fragen der Nuklearpolitik zu konsultieren, insbesondere im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe, der Besonderen Konsultationsgruppe und der High-Level-Group, die ihren europäischen Mitgliedern die Möglichkeit geben, in konstruktiver Weise an der Formulierung einer nuklearen Strategie und an der Begrenzung

und Reduzierung der Kernwaffen mitzuwirken;

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, den Nordatlantikatrat dringend zu ersuchen:

1. dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen über die LRTNF-Reduzierung im Rahmen der SALT-Gespräche unverzüglich eingeleitet werden;
2. die dringende Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Begrenzung der Gesamtheit der strategischen Waffen zu fordern, um eine ungefähre Parität bei erheblich reduzierten Niveaus der Kernwaffen sicherzustellen;
3. in der Zwischenzeit zu fordern, daß die durch das SALT-II-Abkommen festgelegten Grenzen sowie das SALT-I-Abkommen und der ABM-Vertrag weiterhin auf beiden Seiten respektiert werden;
4. danach Verhandlungen zur Sicherung eines Gleichgewichts der nuklearen und konventionellen Gefechtsfeldwaffen auf sehr viel niedrigeren Niveaus zu fordern;
5. eine objektive und vergleichbare Bewertung des nuklearen Gleichgewichts in seiner Gesamtheit zu liefern;
6. sofortige Folgemaßnahmen zu dem Vorschlag über eine Abrüstungskonferenz für Europa zu fordern.

Tagesordnungspunkt:

Der revidierte Haushalt 1981 für Verwaltungsausgaben der Versammlung

Berichterstatter: Abg. Adriaensens
(Drucksache 872)

Mittwoch, 17. Juni 1981

Tagesordnungspunkt:

Das europäische Kampfflugzeug und andere Entwicklungen der Luftfahrt

Berichterstatter: Abg. Brasseur
(Drucksache 874)

Schmidt (Würzburg) (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst dem Berichterstatter meinen besonderen Dank für seine Ausführungen sagen, die nicht die meinen sind — ich sage das mit allem Nachdruck —, die aber anerkennenswert sind, vor allen Dingen die Empfehlung, die uns vorliegt und in der über die Zusammenarbeit in Europa gesprochen wird. Ich bin ein sehr starker Verfechter der Zusammenarbeit der

Bundesrepublik z. B. mit Frankreich, mit England, mit all den anderen Staaten, auch in der NATO, nur haben wir — und das war die nachdenkliche Phase, die ich eben durchmachte — gerade in der Bundesrepublik auf der nationalen Ebene die Fragen im Zusammenhang mit einem neuen Kampfflugzeug, nämlich dem Tornado, im Parlament in einem Untersuchungsausschuß behandelt. Wir sind also sozusagen am Ball und können zum **Kampfflugzeug der Zukunft** einiges sagen. Ich möchte das hiermit tun.

Ich möchte zunächst einmal zu Seite 2 Absatz 2 eine Frage stellen. Dort wird gesagt, daß dieses Flugzeug unter Berücksichtigung der Bedrohung, die in den 90er Jahren für die europäischen Staaten besteht, konzipiert werden soll. Wer kann heute sagen, wie die Bedrohung 1990, 1991, 1992 sein wird? Das ist völlig ausgeschlossen. Wir laufen sowieso der Entwicklung hinterher. Das so festzulegen, halte ich für falsch. Das gibt es nicht, daß wir jetzt eine Konzeptphase, möglicherweise eine Entwicklungsphase durchlaufen und sagen, all die Bedrohungen, die 1992 oder 1995 auf uns zukommen, werden bereits jetzt in dieses Konzept, in diese Entwicklung hineingepackt.

In Satz 3 — auch der Herr Berichterstatter hat das eben gesagt — ist festgehalten, daß die Nutzung eine hochentwickelte Technik usw. erfordert. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin 20 Jahre im deutschen Verteidigungsausschuß. Wir haben manchmal lächelnd gesagt, wenn uns die Militärs ihre Wünsche darlegten und mit uns diskutierten: Jetzt wollen sie wieder das milchgebende Wollschwein, d. h. ein Instrument, das alles kann. Ich sage nur eines, daß Tornado heute einen Systempreis von 70 Millionen DM hat, ist auch dadurch gekommen, daß man alles hineingepackt hat, daß man alle Wünsche berücksichtigt hat, also gemeint hat, man könne ein solches Flugzeug mit allen Aufgaben betrauen.

Wir brauchen eine Umkehrung des Denkens, ein neues Denken, das in diesem Bericht nicht zum Ausdruck kommt, daß aber wir, die wir in den Parlamenten sitzen, endlich einmal praktizieren müssen. Wir wissen noch nicht, welche Funktionen, die heute noch von bemannten Flugzeugen wahrgenommen werden, in der Zukunft von unbemannten Flugkörpern übernommen werden können. Wir sollten unsere Forschungskapazitäten — wir haben in jedem nationalen Verteidigungsetat beachtliche Titel für Forschung und Entwicklung — stärker auf dieses Thema konzentrieren, damit wir wieder dazu kommen, was bisher gegolten hat und was auch in der Zukunft gelten wird, daß Systeme bedienbar und bezahlbar sein müssen. Bezahlbar müssen sie sowieso sein, aber auch bedienbar. Es kann nicht so sein, daß wir morgen und übermorgen für alles, was wir an Waffensystemen im Heer haben, Spezialisten brauchen. Wir haben zum Teil Wehrpflichtarmeen. Waffensysteme müssen — ich gehe einmal vom Flugzeug weg — auch von Wehrpflichtigen bedienbar sein. Deswegen ergeht an uns der Ruf: Einfacher gestalten, nicht komplizierter. Wir dürfen nicht meinen, daß der letzte Clou der Technik eingearbeitet werden muß.

Hier sehe ich die große Aufgabe der Parlamente. In dem Bericht wird z. B. an einer Stelle gesagt, die von den Generalstäben der drei Luftstreitkräfte formulierten Merkmale sollen harmonisiert werden. Ich darf darauf hinweisen, daß die Luftwaffe unserer Streitkräfte bzw. daß wir überhaupt in unseren Streitkräften keinen Generalstab haben.

Es ist weiter gesagt, daß die Notwendigkeit bestehe — daran müsse erinnert werden —, ein Mehrzweckflugzeug zu konzipieren, das aber auch an die speziellen Bedürfnisse der einzelnen WEU-Mitgliedsländer angepaßt sei. Ich habe mich gefragt: Auch noch an die Wünsche der einzelnen Teilstreitkräfte angepaßt, z. B. Marine, im besonderen aber die Luftwaffe? Wo soll das hinführen? Wir müssen den anderen Weg, nämlich den der Bedienbarkeit und Bezahlbarkeit beschreiten. Ich meine, daß wir hier sowohl als nationale Parlamentarier, aber auch als Parlamentarier der WEU eine ganze Menge spezieller Aufgaben haben. Wir müssen den einzelnen Ländern immer wieder sagen, wir brauchen natürlich die Fortentwicklung unserer Waffensysteme, sie muß aber so sein, daß wir das in unseren Etats unterbringen können — der Berichterstatter hat von der Enge der Etats gesprochen — und daß die Systeme bedienbar bleiben. Da ist zum Teil heute schon die Grenze der Möglichkeiten erreicht.

Ich will nur darauf hinweisen, daß wir in der Zusammenarbeit der Organisationen einige Schwierigkeiten bei der NAMMA gehabt haben. Das ist die Organisation, die die Tornadoentwicklung begleitet hat. Ich bin mit den Einschränkungen, die sich aus den Möglichkeiten für die europäische Zusammenarbeit ergeben, einverstanden. Aber wenn so etwas für die Zukunft wieder einmal in Frage kommt, müssen aus den Fehlern dieser Organisation Konsequenzen gezogen werden. Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben einige Lehren daraus gezogen. Wir hatten für die 90er Jahre das sogenannte TKF, das Taktische Kampfflugzeug, in der Planung. Die Planung für dieses Flugzeug ist nach gründlicher Überlegung gestrichen worden, das Flugzeug ist aus den Planungen völlig herausgenommen worden. Wir haben deswegen zur Zeit auch keine Entwicklungsmittel für ein neues Kampfflugzeug vorgesehen. Wir wollen natürlich weitere Studien durchführen, auch zusammen mit unseren Freunden in den Ländern der WEU, auch der NATO, vor allen Dingen auch mit Frankreich, Großbritannien und Italien. Wir haben aber zunächst einmal die trilaterale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges gesperrt und sind der Meinung, daß man sich dieses Problems nach einer Denkpause etwa wieder in den Jahren 1983 oder 1984 annehmen sollte: wie gesagt, in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit all denen, die daran interessiert sind.

Ich will einen Satz dazu sagen, wie schnell sich die Technik auch auf anderen Gebieten weiterentwickelt, so z. B. auf dem Gebiet der Panzerfahrzeuge. Wir wissen heute, daß z. B. die Entwicklung durchschlagender Munition die Entwicklung der Panzer überholt hat. Wir müssen uns neue Gedanken machen, es muß eine neue Philosophie der Panzerwaffe

und ihres zukünftigen Einsatzes entwickelt werden. Eines muß man dazu aber auch sagen: Diese Überlegungen müssen die Parlamentarier anstellen. Es kann nicht nur Aufgabe von Generalen und Soldaten sein, zu sagen, was sein muß und wie die Bedrohung ist, und die Parlamente aufzufordern, dann die Ideen dieser durchaus hochqualifizierten guten Leute zu bezahlen. Wir müssen uns einschalten, wir müssen uns mehr mit der notwendigen Technologie beschäftigen und dies nicht alles als Sache der Fachleute betrachten. Ich habe Verständnis dafür, daß ein Admiral auch heute am liebsten noch ein Schlachtschiff haben möchte, bei dem er selbst auf der Brücke steht. Das brauchen wir nicht mehr, es hat sich eine völlig andere Entwicklung ergeben. Deswegen muß sich der Parlamentarier in einem viel stärkeren Maße als in der Vergangenheit dafür verantwortlich fühlen. Er muß sich dafür schulen, muß auch in seinem Ausschuß etwas dafür tun. Er braucht dafür natürlich die Hilfe der Offiziere und Soldaten der einzelnen Streitkräfte.

Meine Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik und ich haben uns sehr eingehend mit diesem Bericht befaßt. Wir sind nicht in der Lage, diesem Bericht unsere Zustimmung zu geben.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine Kollegen! Nachdem Herr Kollege Schmidt bereits einige Ausführungen über die Erfahrungen beim Tornado-Projekt gemacht hat, glaube ich mich kurz fassen zu können. Den Bericht Brasseur begrüße ich grundsätzlich, weil er ein Problem behandelt, das meines Erachtens in der WEU etwas intensiver angegangen werden muß. In diesem Bericht wird erstmals die Erkenntnis ausgesprochen, daß nicht, wie beim Tornado, ein Flugzeug oder ein Projekt entwickelt werden soll, das für alles zuständig sein soll, sondern daß als eine wichtige Aufgabe der Verteidigung in der Zukunft ein Flugzeug insbesondere zum Zweck der Abfangjagd entwickelt werden soll. Ich begrüße diese sehr weise Beschränkung.

Mit dem **MRCA**, das ursprünglich als Multi-Role Combat Aircraft gedacht war — d. h. für viele Zwecke — haben wir — Herr Kollege Schmidt hat darauf hingewiesen — eine „eierlegende Wollmilchsau“ entwickelt, die im Grunde doch nicht für alle Zwecke einsetzbar ist. Im Untersuchungsausschuß „Tornado“ haben wir unter anderem ja auch feststellen müssen, daß die militärischen Forderungen für dieses Projekt erst später erstellt worden sind. Ich hatte bei uns im Deutschen Bundestag dieses MRCA schon 1969/70 als military requirement comes afterwards interpretiert.

Mit dem Bericht Brasseur ist die Grundlage für das Wissen gegeben, daß man in der Zukunft für die sehr vielfältigen Aufgaben auch differenzierte Systeme entwickeln muß.

Herrn Kollegen Schmidt bin ich sehr dankbar für den Hinweis, daß man dabei auch überlegen muß, ob man denn immer nur bemannte Flugzeuge entwickeln muß oder ob man nicht für bestimmte Zwecke sehr viel billigere unbemannte Systeme — beispielsweise Cruise-Missile-ähnliche Systeme für Interdic-

tion-Aufgaben — entwickeln kann. In dem Bericht ist deutlich geworden — und deswegen begrüße ich ihn —, daß im Interesse einer Standardisierung, einer Harmonisierung innerhalb der WEU oder unter verschiedenen Ländern, die daran interessiert sind, ein solches Projekt entwickelt wird.

Die Erfahrungen mit Tornado müssen von Anbeginn mit eingeführt werden; denn sie sind schrecklich. Vom Beginn der Produktion 1976 bis zum Stichtag 31. Dezember 1979 sind die Kosten für Tornado um rund 45 %, d. h. jährlich um 15 % gestiegen. Herr Kollege Schmidt hat die Kosten für das System mit 70 Millionen DM pro Stück angegeben. Das war sehr geschmeichelt. Mittlerweile sind wir bereits weit über diesen Preis hinaus. Wenn wir die bisherigen Entwicklungen hochrechnen, werden wir beim Ende des Zulaufs dieses Projekts bei einem Systempreis von 110 Millionen DM pro Stück landen.

Meine Kollegen, bei den Untersuchungen in unserem Ausschuß ist deutlich sichtbar geworden, daß bei der NAMMA, dieser internationalen Agentur, ein Fehlmanagement für diese Preisentwicklung zumindest mitverantwortlich ist. Wir konnten das leider nicht genau feststellen, weil die Mitglieder der NAMMA keine Aussagegenehmigung erhalten haben. Ich bedaure dies sehr und möchte dies hier besonders betonen.

Als Konsequenz daraus muß es die Aufgabe der Westeuropäischen Union sein, die Probleme der Koordination, der Standardisierung, der Interoperabilität und der Kompatibilität zwischen den verschiedenen Flugzeugen der Luftwaffen und der Marine der Mitgliedsländer der NATO oder der Mitgliedstaaten der WEU zu lösen und den Gedanken aufzugreifen, ob man dies nicht in einer Art europäischem Rüstungsamt zusammenfaßt. Dieses **europäische Rüstungsamt** müßte natürlich durch diese Versammlung demokratisch kontrolliert werden. Zu den Aufgaben des Rüstungsamtes müßte auch das Problem des Rüstungsexports gehören, der Beschränkung und der Harmonisierung des Verhaltens aller Teilnehmer an einer solchen Entwicklung. Es geht nämlich nicht an, daß sich mehrere zusammentun und ein Projekt entwickeln, wobei die einen sich national Restriktionen auferlegen und die anderen das Produkt, das gemeinsam entwickelt wurde, dann munter in Spannungsgebiete exportieren.

Ich meine, man sollte diesen Gedanken mit dem Bericht Brasseur verbinden. Man könnte dann unter Umständen zu dem Ergebnis kommen, daß mit einem solchen europäischen Rüstungsamt ein Optimum erreicht wird, in dem man in der Zukunft Systeme hat, die austauschbar, hochtechnisiert, hochentwickelt und kostenmäßig so sind, daß sie für die verschiedenen interessierten Staaten vertretbar sind.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Wie Sie mit Recht bemerkt haben, vertrete ich heute den Vorsitzenden des Ausschusses, den französischen Kollegen Jean Valleix, der auf Grund der innenpolitischen Situation in seinem Land natürlich etwas problematischere Aufgaben zu erfüllen hat, als hier einen Bericht seines Ausschusses zu vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich in erster Linie bei denjenigen bedanken, die sich an der Diskussion hier mit Anregungen, mit Kritik und mit Vorschlägen beteiligt haben. Ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Brasseur, danken und ihn noch einmal ausdrücklich entschuldigen. Wie Sie schon gesagt haben, Herr Präsident, mußte er leider abreisen.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu den Diskussionsbeiträgen machen. Was die Änderungsanträge betrifft, so konnten die Dinge offensichtlich schon durch die Stellungnahme des Berichterstatters einer Lösung zugeführt werden. Der Berichterstatter hat sich bereit erklärt, alle von den italienischen Kollegen eingebrachten Änderungsanträge zu berücksichtigen. Dem möchte ich mich für den Ausschuß anschließen. Herr Antoni und Herr Forma, Sie haben selbst in Ihren Beiträgen zu verstehen gegeben, daß Sie unter diesen Umständen Ihre Bedenken gegen den Entschließungsentwurf als erledigt ansehen.

Was die anderen Beiträge betrifft, so zeichnen sich zwei Tendenzen ab. Insbesondere die beiden deutschen Kollegen Herr Schmidt und Herr Jung haben Zweifel angemeldet, ob wir überhaupt schon heute die Fähigkeit haben, vorauszusagen, was einmal Anfang der 90er Jahre an technischem Konzept, aber auch an taktischer Aufgabe zu definieren sein wird. Das ist sicherlich ein wichtiger Einwand. So wurde bemerkt, daß nicht sicher ist, ob überhaupt ein Allzwecksystem möglich ist oder ob man nicht eher zu unbemannten Flugkörpern übergehen sollte oder ob man nicht statt dieses Versuchs einer globalen Lösung, die allen Aufgaben gerecht wird, viel differenzierter an die Dinge herangehen und vielleicht mehrere unterschiedliche Waffensysteme für die unterschiedlichen Aufträge beschaffen sollte. Das — so wurde geltend gemacht — sei von der Kostenseite her sicher günstiger und sei auch technisch leichter zu lösen, letztlich aber auch einfacher zu handhaben.

Ich gebe all denjenigen recht, die darauf verwiesen haben, daß es für eine Armee nicht ausreicht, über technisch ausgefeilte Systeme zu verfügen — Herr Hardy hat das angesprochen —, sondern daß diese Systeme auch den Menschen berücksichtigen müssen, der dahintersteht. Aus seinem Beitrag habe ich die Forderung herausgelesen, daß diese Systeme im Prinzip so konzipiert werden müssen, daß man nicht praktisch graduierte Physiker in den Pilotensitz setzen muß.

Ich weiß aus meinem eigenen Land, der Bundesrepublik Deutschland, daß das **Taktische Kampfflugzeug TKF 90** wegen der Haushaltsschwierigkeiten zunächst einmal zurückgestellt werden muß. Das sollte aber sicherlich nicht bedeuten, daß man sich nicht in Konzeptstudien weiter Gedanken macht und die Frage zu einem späteren Zeitpunkt, vielleicht im Jahre 1983 und 1984, erneut aufgreift.

Alle diese Beiträge hier sind erwägenswert und wichtig. Zum Abschluß meiner Antwort auf die einzelnen Beiträge möchte ich noch einmal besonders herausstellen, was Herr Jung, der letzte Redner, zu

sätzlich in die Debatte geworfen hat. Es ist das Thema der Schaffung eines **europäischen Rüstungsamtes**, das sich auch mit der so heiklen Frage des Rüstungsexports in Spannungsgebiete zu beschäftigen hat. In dem Zusammenhang des heutigen Berichts würde ich bitten, Herr Kollege Jung, davon abzusehen, dieses Thema noch hineinzuarbeiten. Das, was Sie angeregt haben, ist eine so schwierige, auch politisch schwierige Frage, daß es sicherlich den Rahmen des Berichts sprengen würde, wenn sich darüber heute eine Diskussion ergeben würde, und das würde eine weitere Diskussion erforderlich machen.

Wir haben den Bericht und auch die Empfehlung einstimmig im Ausschuß verabschiedet. Es wäre sicherlich einfacher gewesen, meine verehrten Damen und Herren — wenn Sie mir diesen Hinweis gestatten —, wenn die eine oder andere der Anregungen, die wir heute im Plenum gehört haben, bereits in den Ausschußberatungen vorgebracht worden wäre. In diesem Bericht geht es um nicht mehr und nicht weniger als darum, daß wir uns aus Gründen der Kosten, aus Gründen der Steigerung der Interoperabilität und letztlich auch aus Gründen der Erhöhung der Standardisierung unserer Waffensysteme Gedanken darüber machen, ob im Bereich der Flugzeuge, insbesondere im Bereich des Taktischen Kampfflugzeugs für die 90er Jahre, eine einheitliche Lösung möglich ist. Es kann sehr wohl sein, daß wir nach intensivem Studium zu der Meinung kommen, daß das nicht möglich ist, sondern daß man auf verschiedene Systeme zurückgreifen muß. Aber dies widerspricht in keiner Weise der Intention des Berichts, die darauf zielt, zunächst einmal eine möglichst umfassende europäische Lösung anzustreben. Dies sollten wir, so glaube ich, unterstützen.

Letztlich geht es auch darum, daß wir in Europa immer wieder die Frage entscheiden müssen: Kaufen wir z. B. von den Vereinigten Staaten fertige Systeme vom Regal, oder sind wir aus vielerlei Gründen gezwungen, auch eine eigene technisch-wissenschaftliche und industrielle Kapazität in diesem Bereich in Europa selbst aufrechtzuerhalten? Auch diese Frage sollte in dem Bericht besonders betont werden. Ich meine, dies sollten wir bedenken.

Ich gebe zu, daß teilweise beim Management solcher gemeinsamer Projekte Fehler gemacht worden sind; auch das wurde von einigen Rednern ausgesprochen. Das spricht gegen das Management, nicht unbedingt gegen die Projekte selbst. Wir haben dies bei der Europa-Rakete erfahren. Das Scheitern der Europa-Rakete — Europa I, Europa II — lag für mich nicht daran, daß die Technologie in Europa nicht zur Verfügung gestellt werden könnte, sondern daran, daß aus vielerlei Gründen — auch aus Gründen des eifersüchtigen Herumreitens auf dem Prinzip des „just return“ — Mißmanagement vorgekommen ist.

Zum Abschluß darf ich mich nochmals bei allen Diskussionsrednern bedanken. Die Änderungsanträge gelten als akzeptiert. Ich möchte Sie herzlich bitten, unter diesen Voraussetzungen dem Bericht Ihre Zustimmung nicht zu verweigern.

Empfehlung 368

betr. das europäische Kampfflugzeug und andere Entwicklungen der Luftfahrt

Die Versammlung

erwägt das Erfordernis für mehrere europäische Länder, sich Anfang der neunziger Jahre mit einem neuen Kampfflugzeug auszurüsten, das unter anderem Jagdflugzeuge, die dann veraltet sein werden, ersetzen soll;

erwägt, daß dieses Flugzeug unter Berücksichtigung der Bedrohung, die dann für die europäischen Staaten bestehen kann, konzipiert werden muß;

vertritt daher die Ansicht, daß dieses Flugzeug die Nutzung einer hochentwickelten Technologie erfordern und vielfältigen Bedürfnissen (Luft/Luft, Luft/Boden, große Manövrierfähigkeit, Kurzstart usw.) entsprechen muß;

vertritt ferner die Ansicht, daß der Zeitraum, der für die Studie und Konzipierung dieses Flugzeugs zur Verfügung steht, daher gründliche technische Studien (neue Konstruktionen) und die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel ermöglichen wird;

vertritt die Ansicht, daß das Niveau der industriellen Aktivitäten, der Beschäftigungslage und des technologischen Know-hows der europäischen Staaten mit der Zukunft der zivilen und militärischen Luftfahrt und daher mit der Aufrechterhaltung der Auftragslage in diesem Bereich direkt verbunden ist;

empfiehlt dem Rat

1. an die Notwendigkeit zu erinnern, ein an die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen WEU-Mitgliedsländer anpassungsfähiges Mehrzweckflugzeug zu konzipieren;
2. darauf zu bestehen, daß eine solche Zusammenarbeit flexibel und wirksam gestaltet wird, wobei die in 20 Jahren europäischer Zusammenarbeit gemachten Erfahrungen genutzt werden sollten;
3. die beteiligten Regierungen zu ersuchen, ihre derzeitigen Studien zu vertiefen und die von den Generalstäben der Luftstreitkräfte geforderten Merkmale zu harmonisieren, damit die Entwicklung eines europäischen Kampfflugzeuges in Angriff genommen werden kann;
4. die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten zu ersuchen, im Rahmen des Ständigen Rüstungsausschusses und der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe ihr Interesse an der Entwicklung dieses Flugzeuges zu zeigen, das in etwa 15 Jahren zur Beschaffung verfügbar sein sollte;
5. eine Ausweitung der europäischen Zusammenarbeit auf andere Flugzeugtypen (Hubschrauber, Transportflugzeuge usw.) ins Auge zu fassen.

Tagesordnungspunkt:

Die Zukunft der europäischen Raumfahrtaktivitäten — Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates

Berichterstatter: Abg. Wilkinson
(Drucksache 883)

Topmann (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zunächst einmal dem Berichterstatter, Herrn Wilkinson, für seinen Bericht über **die europäischen Raumfahrtaktivitäten** ganz herzlichen Dank sagen. Darüber hinaus möchte ich feststellen, daß der Bericht von Herrn Wilkinson die Zusammenhänge und Sachverhalte in präziser Form ausgewogen und richtig darstellt.

Wir sehen — wie Herr Wilkinson — die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der ESA im Bereich der zukünftigen Aktivitäten in der europäischen Raumfahrt. Allerdings gilt in diesem Bereich auch jenes, was uns auf anderen politischen Feldern, beispielsweise beim vorausgegangenen Tagesordnungspunkt, immer mehr Sorge bereitet. Wir stoßen immer deutlicher an die Grenzen des finanziell Machbaren. Deshalb sollten wir aus grundsätzlichen Erwägungen diese Schwierigkeiten realistischerweise auch hier mit einbeziehen.

Aus deutscher Sicht möchte ich in diesem Zusammenhang folgendes anmerken. Die Bundesrepublik Deutschland tritt für ein ESA-Gesamtbudget ein, das unterhalb der im Bericht genannten 450 Millionen Rechnungseinheiten liegt, und dies nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesrepublik auf Grund von Haushaltserwägungen ihren Beitrag auf maximal 403 Millionen DM pro Jahr begrenzen muß. In diesem Zusammenhang gebe ich zu bedenken, ob es nicht sinnvoll wäre, bei den fakultativen Programmen eine dem Bruttosozialproduktschlüssel entsprechende Beteiligung zu erreichen.

Hinsichtlich der Transportsysteme **ARIANE** sowie Space Shuttle und Spacelab kann nach unserer Auffassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine definitive Entscheidung nicht getroffen werden. Die mit hohen Kosten entwickelten Systeme sollten zunächst einmal konsolidiert und genutzt werden. Weitere Entwicklungen sollten auf eine — sagen wir es einmal so — sinnvolle Modellpflege begrenzt werden. Erst nach weitergehenden Erfahrungen und nach erwiesenem Bedarf können vergleichbare Weiterentwicklungen in Betracht kommen. In diesem Sinne ist auch der zu Ziffer 3 des Empfehlungsentwurfs vorgelegte Änderungsantrag der deutschen Sozialdemokraten in diesem Hause, von dem der Herr Berichterstatter bereits gesprochen hat, zu verstehen. In ihm wird die Weiterentwicklung des **ARIANE**-Programms am tatsächlichen Bedarf gemessen. Nicht zuletzt unter finanziellen Gesichtspunkten kommt für uns eine Entwicklung der **ARIANE 4** derzeit nicht in Betracht.

Noch ein Wort zur Entwicklung von **Satelliten für militärische Ziele**. Für uns ist dies nicht ganz unpro-

blematisch, da hier für die Bundesrepublik Deutschland noch alliierte Vorbehalte geltend gemacht werden können. Dagegen werden entsprechende Entwicklungen im Rahmen der NATO bereits durchgeführt. Insoweit wäre es nach unserer Auffassung zweckmäßiger gewesen, auch in dem vorliegenden Entschließungsentwurf auf die bereits angelaufenen NATO-Entwicklungen Bezug zu nehmen.

Die Beteiligung an Fernmeldesatellitenprogrammen scheint für uns derzeit nicht aktuell zu sein. Die Definitionen neuer Missionen — wie der zweiten Generation von Eutelsat und Inmarsat — sind nach unserer Auffassung nicht oder nicht in erster Linie Aufgabe der ESA, sondern der Nutzer.

Meine Damen und Herren, vorbereitenden Arbeiten für zukunftssträchtige Systeme stehen wir abgeschlossen gegenüber.

Topmann (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Ich möchte den Antrag jetzt einbringen. Ich beantrage, daß unter Ziffer 3 die neue Formulierung wie folgt lauten möge: „die weitere Entwicklung des **ARIANE**-Programms unter Berücksichtigung eines nachweisbaren Bedarfs fortzusetzen“.

Der Antrag wird angenommen (s. nachfolgende Textempfehlung 359).

Empfehlung 369

**betr. die Zukunft der europäischen
Raumfahrtaktivitäten —
Antwort auf den 26. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

erörtert die anhaltenden Bemühungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten im Bereich der zivilen und militärischen Weltraumforschung und ihrer Anwendungen;

berücksichtigt ferner die Zunahme der für die Raumfahrt bereitgestellten Haushaltsmittel in Japan, Brasilien, Indien und anderen nichteuropäischen Ländern;

ist über den langsamen Fortschritt bei der Aufstellung des neuen europäischen Raumfahrtprogramms und über den vorgeschlagenen niedrigen Gesamthaushalt besorgt;

bedauert, daß zu viele Elemente dieses Programms fakultativ und nicht obligatorisch sind;

begrüßt den erfolgreichen Probeflug der Raumfähre Columbia, die eine volle Nutzung des europäischen Weltraumlabor Spacelab ermöglichen wird;

bedauert die nur zögernde Bereitschaft, eine Konferenz des Ministerrates der ESA vorzubereiten und

einzuuberufen, um der Europäischen Weltraumagentur politische Impulse und Direktiven zu geben,

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern:

1. eine langfristige europäische Raumfahrtplanung auszuarbeiten: eine Raumfahrtstrategie für Europa und die damit zusammenhängenden technischen, industriellen und kommerziellen Ziele festzulegen;
2. sicherzustellen, daß das Potential von Spacelab für wissenschaftliche Versuche und Experimente in solchen Bereichen wie Beobachtung der Erde und der Himmelskörper und Mikrogravitationsforschung in den Biowissenschaften und bei der Materialverarbeitung voll genutzt wird;
3. die Weiterentwicklung des Ariane-Programms unter Berücksichtigung eines nachweisbaren Bedarfs fortzusetzen;
4. sich auf ein Satellitenprogramm zur Aufspürung von Erdressourcen in Ergänzung zu dem meteorologischen Programm METEOSAT zu einigen und das Programm der Fernmeldetechnologie zu intensivieren;
5. im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses die Nutzung von europäischen Militärsatelliten für Fernmelde- und Beobachtungsaufgaben und die Untersuchung der Auswirkungen der Raumfahrttechnologie auf den militärischen Bereich zu fördern;
6. angesichts der wissenschaftlichen und industriellen Vorteile, die mögliche zukünftige Programme, wie z. B. interplanetarische Flüge und bemannte Weltraumflüge, bieten würden, die politische und öffentliche Meinung im Hinblick auf die Erweiterung des europäischen Raumfahrtprogramms zu aktivieren.

Tagesordnungspunkt:

Die Beziehungen zwischen den Parlamenten und der Presse

Berichterstatter: Abg. Frau Knight
(Drucksache 873)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich beglückwünsche Frau Knight herzlich zu ihrem ausgezeichneten Bericht, in dem sie Themen anspricht, die uns alle berühren. Es geht im Grunde um die **Publizität der WEU-Versammlung**, um die berechnete Anerkennung ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit und im politischen Leben. Immerhin befaßt sich diese interparlamentarische Versammlung zum einen mit der Kontrolle des Rates und zum anderen mit der Förderung der Zusammenarbeit in Europa. In diesem internationalen Gremium besteht offiziell die Möglichkeit, über die Landesgrenzen hinwegreichende Themen zu diskutieren und öffentlich gemeinsame

Empfehlungen an die nationalen Regierungen zu geben, was unter Umständen als unliebsame Einmischung in innere Angelegenheiten ausgelegt werden könnte, falls es die WEU-Versammlung nicht gäbe.

Angesichts dieses institutionellen Rahmens muß man sich fragen: Wo liegen die Ursachen für die verhältnismäßig geringe Resonanz in der Presse? Innerhalb eines Jahres, und zwar von 1979 bis 1980, ging die Zahl der registrierten Artikel von 434 auf 295 zurück, und manche von uns als wichtig angesehene Debatten haben in den Heimatzeitungen nur einen geringen, oft gar keinen Niederschlag gefunden. Sicherlich sind die Presseorgane nicht an dieser negativen Tendenz schuld. Im Gegenteil, die heutigen Artikel am Schwarzen Brett im Pressezimmer zeigen, daß über die gestrige Debatte verhältnismäßig viel berichtet wurde. Leider konnte die deutsche Presse nicht berichten, weil wir heute und morgen Feiertage haben, an denen keine Zeitungen erscheinen.

Wir müssen uns angesichts mancher Versäumnisse an die eigene Brust schlagen und „mea culpa“ bekennen. Frau Knight führt als Beispiel für die Einschätzung der WEU-Versammlung die Ergebnisse einer Umfrage bei Parlamentariern und deren Auswertung in einer Schrift von Lutz Leinert an.

Von 37 angeschriebenen Abgeordneten haben 19 geantwortet. Das sind immerhin 52 %. Aber ich möchte doch gewisse Einschränkungen gelten lassen, weil die Auswahl nicht ganz repräsentativ zu sein scheint. Daher sollte man diese 19 nicht überbewerten. Die Hälfte der Angeschriebenen war sich wohl nicht des Sinns und der Bedeutung der Anfrage und Umfrage bewußt, und so wanderten viele Fragebögen, wie es üblicherweise geschieht, ungelesen in die Papierkörbe. Dennoch meine ich, daß Leinert trotz der zufälligen Antworten die Beurteilung der WEU-Versammlung durch ihre Mitglieder intuitiv richtig erfaßt hat.

In meinem Beitrag, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auf zwei Punkte eingehen, die mir auf Grund der zehnjährigen Erfahrung in diesem Hohen Hause gravierend erscheinen. Es wirkt sich schädlich auf die Pressearbeit aus, daß die Debatten in diesem Hause zeitlich oft zerrissen werden. Beispielsweise beginnen wir morgens mit einem bestimmten Thema. Um 11 Uhr ist der Vortrag eines beachtlichen Staatsmannes angesetzt, der mit anschließender Diskussion den gesamten Vormittag ausfüllt. Nachmittags beginnt die Debatte über Änderungsvorschläge. Wenn es dann zu Abstimmungen kommt, kann es sein, daß sich die Reihen so weit gelichtet haben, daß kein Quorum mehr vorhanden ist. Was ist zu tun? Die Abstimmung wird auf den nächsten Tag verlegt. Ja, wir haben es schon einmal erlebt, daß die Abstimmung auf die nächste Sitzungsperiode sechs Monate später verlegt werden mußte. Ich halte dies nicht für gut und würde anregen, daß man mehr strafft und die Debatten zu einem Abschluß bringt. Dies soll keine Kritik an dem amtierenden Präsidenten sein, sondern mehr mein Wunsch, auf die Interessen der hier im Hause weilenden Parlamentarier Rücksicht zu nehmen und nicht die Interessen derer über Gebühr zu bewerten,

die vielleicht draußen in der Lobby sitzen und Gespräche führen. Denn wenn sich die Debatten über mehrere Tage hinziehen und erst nach mehreren Tagen abgeschlossen werden, wen wundert es, daß die Presse dann diese wenig durchschaubaren Vorträge und Vorgänge nicht entsprechend würdigt?

Im Laufe eines Jahres kommen zahlreiche Gruppen aus Nachbarländern, Schulklassen, Angehörige von Vereinen und Touristen nach Paris. Auf ihrem Programm stehen unter anderem die Besuche des Louvre, von Notre Dame, des Eiffel-Turms oder auch der Vergnügungsviertel. Ich habe noch nicht gehört, daß von den Touristen jemand nach Paris kam, um die WEU-Versammlung zu besuchen. Warum eigentlich nicht? Herrscht eine so große Unkenntnis über ihre Arbeit? Man möchte es glauben, wenn man die Tribünen sieht, die so gering besetzt sind wie am heutigen Tage. Das erleben wir ja in jeder Sitzungswoche. In den heimischen Parlamenten ist es anders. Dort drängen sich die Gruppen, und dort gibt es eine Frist von zehn Monaten, bis überhaupt jemand berücksichtigt werden kann.

Nach meinem Erachten würde es unserer Versammlung und dem Image unserer Versammlung dienen, wenn anstelle der Papiermassen vor unseren Türen draußen mit Jahrbüchern von 1963 an, Berichten und Kolloquienprotokollen den Besuchern eine verständliche, bebilderte Broschüre in Kurzform über die WEU zur Verfügung gestellt werden könnte. Und in diesem Hause sollten nicht nur an Sitzungstagen, sondern das ganze Jahr über Besucher empfangen werden können. Führungen und Erklärungen — vielleicht die Vorführung eines leicht verständlichen Films, den man noch anfertigen müßte — würden unsere Arbeit verdeutlichen und die notwendigen Informationen vermitteln.

Freilich, Herr Präsident, diese Öffentlichkeitsarbeit kostet Arbeit, kostet Geld. Das wäre aber nach meiner festen Überzeugung sehr gut angelegt, wenn damit die Kenntnis der Jugend über die WEU-Versammlung erweitert würde. Schließlich sollte doch anstelle unseres isolierten, ja, manchmal verborgenen Daseins hier im Palais d'Iéna in der breiten Öffentlichkeit die Vorstellung von unserer Arbeit geweckt werden, von unserer Versammlung, die ein wichtiges Instrument der europäischen Sicherheit und der europäischen Zusammenarbeit ist.

Wenn der Bericht von Frau Knight dazu beitragen würde, diesem Ziel näherzukommen, hätte er einen großen Zweck erfüllt. Ich bitte, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Tagesordnungspunkt:

Entwicklungen in Polen

Berichterstatter: Abg. Hanin
(Drucksache 870)

Dr. Gessner (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter sehr herzlich für seinen Bericht danken. Man spürt, daß er mit viel Mühe und

großer Umsicht vorgegangen ist. Ich darf sagen, daß mich ganz besonders das beeindruckt hat, was im analytischen Teil niedergelegt worden ist. Vieles von dem kann ich voll und ganz unterstreichen; mit vielem von dem bin ich voll und ganz einverstanden. Dies ist die eine Seite des Problems.

Ich will aber auch nicht verschweigen, daß ich in bezug auf die Empfehlungen gewisse Bedenken habe, wobei außer jedem Zweifel steht, daß all die Empfehlungen, die vom Berichterstatter zu Papier gebracht worden sind, gut gemeint sind. Ich bin aber etwas in Sorge in bezug auf die Konsequenzen dieser Empfehlungen. Nach wie vor gilt: wenn man etwas fordert, muß man auch die Folgerungen, die sich daraus ergeben, akzeptieren.

Bevor ich näher darauf eingehe, möchte ich zunächst einmal sagen: Wir alle betrachten mit Interesse und großer Sympathie die Politik der Erneuerung, die in **Polen** eingeschlagen worden ist. Die polnische Nation kämpft um mehr Selbstbestimmung, und dies erfüllt uns mit großer Bewunderung. Das Polen von heute ist nicht mehr das Polen von vor zwei Jahren. Die Gewerkschaft „Solidarität“ wurde gegründet, eine Bauerngewerkschaft wurde geschaffen, nicht zu vergessen die Bemühungen, den Freiheitsraum der Katholischen Kirche zu erweitern, oder aber die Versuche, das ökonomische System in Polen von seinen bürokratischen Fesseln zu befreien. Nicht zu vergessen ist schließlich auch der Demokratisierungsprozeß in der kommunistischen Partei Polens selbst. All dies verdient unsere ungeteilte Sympathie.

Jeder von uns weiß aber auch, daß der Sowjetunion die gesamte Richtung nicht paßt. Sie fühlt sich herausgefordert, sie möchte alles das, was an Entwicklung stattgefunden hat, wieder zurückdrehen. Ich habe keinen Zweifel, daß die Möglichkeit der militärischen Intervention nicht ausgeschlossen ist. Ich darf daran erinnern, was 1953 in der DDR passiert ist, 1957 in Polen und 1968 in der Tschechoslowakei. Die Sowjetunion steht vor der Frage, wie bzw. mit welchen Mitteln sie die eingeleitete Entwicklung wieder rückgängig machen kann. Die Gefahr in Polen ist längst nicht beseitigt, im Gegenteil, ich glaube, Polen befindet sich in einer außerordentlich kritischen Phase der Entwicklung. Daraus ergibt sich aber auch für uns ein hohes Maß an Verpflichtung, nämlich: Wir haben alles zu unterlassen, was den Männern und Frauen Schaden zufügen könnte, die den Prozeß der Erneuerung Polens eingeleitet haben. Vielmehr haben wir uns so zu verhalten, daß dieser Erneuerungsprozeß ohne Einfluß von außen weiter gedeihen kann. Konkret für uns: Wir müssen alles unterlassen, was als Einmischung von außen gedeutet und mißbraucht werden könnte.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eben vor diesem Hintergrund bin ich über den Empfehlungsentwurf etwas unglücklich. Ich denke, Einigkeit besteht bei uns allen: Wir verfolgen das Ziel, auf eine Beruhigung der Lage in Polen hinzuwirken. Daher sollten wir auf alle prozeduralen Vorstellungen für den Eventualfall in Polen, wie er in Ziffer 2 des Empfehlungsentwurfs zum Ausdruck kommt, verzichten; denn genau dies könnte uns als versuchte Einmi-

sung ausgelegt werden. Ich weiß natürlich ganz genau, daß dies vom Berichterstatter nicht so gemeint ist. Dies steht für mich außer jedem Zweifel. Wir müssen aber stets daran denken, daß die Sowjetunion natürlich bestrebt sein wird, den Nachweis zu führen, daß eine Einmischung seitens der westlichen Staaten stattfindet. Ich empfinde es als außerordentlich peinlich, wenn die Sowjetunion in ihrer Kampagne ausgerechnet mit einem Papier der Westeuropäischen Union operieren würde. Wie stünden wir eigentlich da? Würden wir uns dann nicht die Frage stellen, ob wir nicht vielleicht doch zurückhaltender und vorsichtiger hätten sein müssen?

Ein anderer Punkt, der von mir angesprochen werden soll, findet sich in Ziffer 1 des Empfehlungsentwurfs. Dort wird gefordert, wir sollten die Prinzipien unserer Reaktion auf eine eventuelle Intervention verkünden. Ich muß gestehen, ich halte diese Forderung für etwas merkwürdig, denn sie gibt der Sowjetunion die Chance, sich rechtzeitig und speziell auf unsere Reaktion vorzubereiten. Ich frage mich: Kann das in unserem Interesse liegen? Wir werden, wenn wir vorher schon die Prinzipien unseres Verhaltens im Detail bekanntgeben, nicht so effektiv sein können. Ich halte es nicht für gut auszuplaudern, nach welchen Prinzipien wir uns dann im einzelnen verhalten werden.

Ganz selbstverständlich ist natürlich, daß die Sowjetunion wissen muß, was die Intervention in Polen bedeuten würde, beispielsweise für den Ost-West-Dialog, für die Entspannungspolitik, für die Handelsbeziehungen oder was man sich noch alles vorstellen kann. Jeder von uns hier weiß, daß dies in der Vergangenheit vom westlichen Bündnis immer wieder zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Sowjetunion muß wissen, daß sie damit Prozesse in Gang setzt, die nicht mehr ihrer Interessenlage entsprechen können.

Ich erlaube mir, aus den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 22./23. März 1981 zu zitieren. Da heißt es: „Der Rat verfolgt mit großer Sorge die jüngsten Entwicklungen in Polen. Er betont, daß alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki verpflichtet sind, ihre Beziehungen zu Polen auf die strikte Anwendung der Charta der Vereinten Nationen und der Grundsätze dieser Schlußakte zu gründen.“ Es wird betont, daß jede andere Haltung sehr ernste Folgen für die Zukunft der internationalen Beziehungen in Europa und in der Welt haben würde.

Allerdings ist es nach meiner Auffassung ein Gebot der Klugheit, vorher nicht alles offen auf dem Markt auszubereiten. Was eben von mir in bezug auf Ziffer 2 des Empfehlungsentwurfs ausgeführt worden ist, gilt meines Erachtens auch für die Ziffern 3, 4 und 5. Ich erlaube mir, Ihnen in Erinnerung zu rufen, daß General Rogers gestern vor dieser Versammlung darüber berichtet hat, daß auch die politische Spitze des Bündnisses grünes Licht für bestimmte Aktionen im Falle einer Intervention gegeben hat. General Rogers erwähnte gestern, er habe sieben Vorschläge gemacht, sechs seien von der politischen Spitze des Bündnisses akzeptiert worden. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, daß das Bündnis je-

mals Einzelheiten darüber bekanntgegeben hätte. Ich glaube, daß dies eine weise Verhaltensweise gewesen ist, der wir uns anschließen sollten.

Meine Damen und Herren, Sie haben sicherlich gesehen, daß eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht worden ist, die von meinen politischen Freunden unterstützt werden. Sollte diese Änderungsanträge Ihre Zustimmung finden, werden wir dem Resolutionsentwurf unsere Zustimmung geben, wenn nicht, werden wir uns der Stimme enthalten.

Donnerstag, 18. Juni 1981

Tagesordnungspunkt:

Entwicklungen in Polen

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Kollege Herr Hanin hat einen Bericht vorgelegt, der eine sehr gute Analyse der aktuellen Situation seit dem Jahre 1980 in Polen darstellt. Er bringt die Gefährdung dieses Landes zum Ausdruck. Er macht unsere Sorgen um die Entwicklung dort deutlich. Wenn wir das alles erörtern und uns durch den Kopf gehen lassen, dann wissen wir, daß wir hier in Europa wirklich in einer ernsten Lage sind und daß, je nachdem wie die Entwicklung dort verlaufen wird, Entscheidungen fallen können, die schlimme Auswirkungen auf Europa, auf die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union haben können.

Lassen Sie mich zu dem, was der Herr Kollege Hanin in seinem Bericht dargelegt hat, noch einige Bemerkungen machen, die aufzeigen, wie es in Polen überhaupt soweit gekommen ist. Ich möchte nicht die Geschichte des Freiheitskampfes der polnischen Nation hier im einzelnen darstellen. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß diese Entwicklung nicht zuletzt durch ein Abkommen zwischen zwei Diktatoren, zwischen Hitler und Stalin im August 1939 eingeleitet wurde, ein Abkommen, in dem zum erstenmal in diesem Jahrhundert wieder sozusagen eine Aufteilung zwischen Großmächten stattfand. Wie Sie alle wissen, ist 1939 nicht nur die Wehrmacht Adolf Hitlers in Polen einmarschiert, sondern vom Osten her auch die Rote Armee, weil das vorher in einem Vertrag festgelegt war. Es war ein Glück für einen polnischen Offizier, wenn er im Jahre 1939 in deutsche Kriegsgefangenschaft kam und nicht etwa den Weg nach Katyn antreten mußte.

Nach 1945 wurde diese 1939 eingeleitete Entwicklung beschleunigt. Sie wissen, es gab eine polnische Exilregierung in London. Es gab starke Widerstandskräfte in Polen selbst: die Heimatarmee, die bei ihrem Aufstand in Warschau gegen die Truppen Adolf Hitlers von den Sowjets im Stich gelassen wurde, die am anderen Ufer des Flusses warteten. Wir wissen, daß die polnische Exilregierung ver-

drängt wurde durch das sogenannte Lubliner Komitee, das auf der Ebene einer Volksfrontregierung oder Regierung der Nationalen Front den Übergang zum Sozialismus in Polen einleiten sollte.

Nur eine Nebenbemerkung: Es ist übrigens interessant, daß 1945 z. B. eine christdemokratische Partei in Polen nicht zugelassen wurde, weil man sie als reaktionär betrachtete. Sie paßte nicht in die Politik der Nationalen Front.

Das Regime der Kommunistischen Partei stabilisierte sich. Die Kommunisten übernahmen die volle Macht und regieren praktisch-faktisch seit 1946 in diesem Land.

Nun könnte man die Frage stellen, warum gerade 1980 diese schwierige innenpolitische Situation in Polen entstanden ist; denn die Grundlagen der kommunistischen Herrschaft bestanden ja schon seit mehr als drei Jahrzehnten. Das hat zwei wesentliche Gründe gehabt, die wir hier mit bedenken müssen.

Das eine war sicher die schwierige Lage in der landwirtschaftlichen Produktion des Landes nach drei Mißernten und bei dem beständigen Versuch, das private Bauerntum, das ja in Polen noch vorhanden war, fernzuhalten von den Betriebsmitteln, die notwendig waren, um dort überhaupt anbauen und vernünftig wirtschaften zu können.

Der zweite Grund war, daß man einen Sprung in der Entwicklung zu einem modernen Industriestaat machen wollte. Man importierte westliche Technologie und war noch nicht in der Lage, diese Technologie überhaupt anzuwenden. Das führte im Grunde genommen nur zu korruptiven Erscheinungen in der Führungsschicht dieses Landes.

Ich möchte gewissermaßen zwischen zwei Gedankenstrichen hier anfügen: Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn zu diesem Zeitpunkt die westlichen Länder Polen nicht so viele Kredite gegeben hätten. Denn gerade mit diesen Krediten wurde eine Wirtschaftsentwicklung eingeleitet, die, weil sie zu schnell, zu sprunghaft erfolgte, zu einer Katastrophe der polnischen Wirtschaft führte.

Nun, das sind Realitäten, das ist die Vorgeschichte. Wir alle bangen heute und hoffen, daß der innere Prozeß, der in Polen eingeleitet worden ist, dazu führt, mehr Demokratie in diesem Lande zu schaffen, ohne die Sicherheit Europas zu gefährden. Damit kein Zweifel besteht: Ich glaube, niemand von uns, so sehr wir Anhänger der Demokratie oder des demokratischen Systems sind und so sehr wir die Einparteienherrschaft ablehnen, hat ein Interesse daran, daß in Polen eine Entwicklung eingeleitet wird, die zum Ausbrechen Polens aus dem Warschauer Pakt führen könnte. Denn eine solche Politik, meine sehr verehrten Kollegen — das wissen wir alle —, müßte zur unmittelbaren **Intervention der Sowjetunion** führen. Die Frage ist heute nur, inwieweit die Sowjetunion eine bestimmte Entwicklung duldet, um einen langsamen Reformierungsprozeß in diesem Lande zu ermöglichen.

Liebe Kollegen, wenn man die Politik der Sowjetunion betrachtet, dann soll man sie nicht unter den

Auspizien der Ideologie betrachten. Ich wehre mich immer dagegen, das Verhalten eines Staates etwa danach zu beurteilen, welche politische Partei in diesem Staat gerade an der Führung ist. Das gilt auch für die Sowjetunion. Sicher, ich bin kein Freund des Kommunismus. Aber ich will völlig außer acht lassen, was die kommunistische Partei der Sowjetunion ideologisch im einzelnen bekennt und im einzelnen will. Ich stelle fest, daß es immer ein Interesse russischer Politik war, gegenüber Polen eine Übermachtstellung zu bekommen.

Wenn wir von der Gefahr einer Intervention sprechen, wissen wir, daß die geistige Intervention, der Druck auf das Nachbarland längst stattgefunden hat und weiter stattfindet. Ich will Ihnen ein sehr schönes Beispiel erzählen. Vor einiger Zeit wurde der Gedenktag eines großen russischen Marschalls, eines Adligen, gefeiert: der Gedenktag des Marschalls Suworow. In der sowjetischen Presse wurde herausgestellt, daß dieser Marschall Suworow den polnischen Aufstand 1794 niedergeschlagen hat. Er hat dafür von der Geschichtsschreibung den Titel „Schlächter von Warschau“ bekommen. Daß in der Sowjetunion ein adeliger Reaktionär, General und Marschall als ein Verteidiger der Interessen Rußlands in dieser aktuellen Situation besonders herausgestellt wird, zeigt, in wie großem Maße man versucht, auch auf der geistig-ideologischen Ebene Einfluß auf die Polen zu nehmen. So wie es ausgedrückt wurde, ist es eine Warnung an die Polen; das ist ganz klar.

Liebe Kollegen — auch das nur zwischen zwei Gedankenstrichen —, jener Marschall Suworow, der so gefeiert wird, ist übrigens der gleiche Marschall Suworow, der den Pugatschow-Aufstand in Rußland selbst gegen Katharina II. niedergeschlagen hat, einen Aufstand, der eigentlich in die Ahnenreihe einer proletarischen Partei wie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion paßt, weil Pugatschow gegen die Leibeigenschaft kämpfte, weil er für den kleinen Mann kämpfte. In der Sowjetunion wird heute aber nicht Pugatschow gefeiert, sondern der Marschall Suworow, das Vorbild imperialistischer Politik. Ich glaube, nichts macht die Kontinuität russischer Geschichte auch im Hinblick auf die Verhältnisse in Polen deutlicher.

Was bedeutet das für uns heute, wenn wir die weitere Entwicklung in Polen betrachten? Der Herr Kollege Hanin hat in seinem Bericht sehr deutlich herausgestellt — und über die Empfehlung müssen wir ja abstimmen —, daß eine Intervention militärischer Art in Polen wirklich eine Entwicklung in Europa und wohl in der ganzen Welt einleiten würde und müßte, die so formuliert werden könnte — ich möchte das in einer Redensart aus meiner Muttersprache formulieren —, das es so aussähe, als ob die ganze bisherige Politik der Entspannung für die Katz gewesen wäre.

Daß das ernsthafte Folgen hat, ist klar. Deswegen müssen wir den anderen zeigen, daß wir das ernstnehmen. Deswegen bin ich auch bereit, in eine Entschließung hineinzuschreiben: Jawohl, es wird Maßnahmen geben, wenn militärisch interveniert wird;

jawohl, die Entspannung ist beendet, wenn diese militärische Intervention stattfindet.

Denn nach Afghanistan kann man nicht noch einmal eine Politik betreiben, die besagt: Aber das nächstmal, wenn ihr wieder böse seid, werden wir euch auf die Finger klopfen, wie man das einem kleinen Kind sagen kann. Wer auch nur ein bißchen von Erziehung versteht, wird wissen, daß man mit einer solchen Erziehungsmethode überhaupt nichts erreicht. Bei einem Kind fördert man damit nur die Bereitschaft, weiterhin gegen Regeln zu verstoßen. Das gilt in diesem Falle auch für die internationale Politik.

Deswegen möchte ich das unterstreichen, was in dieser Entschliebung steht: Wir alle, die Staaten der Westeuropäischen Union, das freie Europa, das in den Mitgliedsländern des Europarates zusammengefaßt ist, und andere Teile der freien Welt, müssen gemeinsam Maßnahmen beraten, wenn es zu einer solchen militärischen Intervention kommt. Mir scheint das die einzige Chance zu sein, der Sowjetunion den Preis aufzuzeigen, den schweren, den großen Preis, den die Sowjetunion zahlen muß, wenn sie das tut.

Die Erfahrungen mit der russischen Politik — selbst wenn Sie die Politik Stalins untersuchen, wie er 1946 die Truppen wieder aus Iran zurückgezogen hat oder die Verhältnisse in Asien, oder die Truman-Doktrin vom 10. März 1947, die zur Beendigung des Bürgerkrieges in Griechenland führte — haben immer gezeigt, daß sowjetisch-russische Politik reagiert, nicht wenn irgendwelche Phrasen irgendwo beschlossen werden, sondern wenn die Führer der Sowjetunion davon überzeugt sind, daß es tatsächlich zu Maßnahmen kommen kann, die gegen ihre eigenen Interessen sein müssen. Deswegen bejahe ich den Entschliebungsentwurf.

Ich darf noch eine letzte Bemerkung machen:

Auch diejenigen Polen, die für mehr Freiheit in ihrem Land kämpfen, sind daran interessiert, glaube ich — und ich hatte die Gelegenheit, mit solchen Polen, auch aus der Gewerkschaft „Solidarität“, zu sprechen —, daß die Länder des freien Westens einen klaren und festen Standpunkt einnehmen, weil sie glauben, daß mit diesem klaren und festen Standpunkt ihre eigene Position in ihrem eigenen Land besser abgesichert wird.

Ich hoffe, daß wir für die Entschliebung, die wir heute zu Polen zu fassen haben, eine große Mehrheit bekommen.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! In der Diskussion gestern nachmittag und heute morgen wird meiner Meinung nach ein wesentlicher Aspekt nicht richtig gewürdigt. Es wird immer von der Fragestellung geredet: Wenn die Sowjetunion in Polen einmarschiert wie in Afghanistan . . . Man sagt gewissermaßen, sie täte das dann zum zweitenmal.

Wahrheit ist doch vielmehr, daß die Sowjetunion bereits seit Jahrzehnten in **Polen** ist. Wahrheit ist, daß

die **Sowjetunion** dem polnischen Volk das innere und das äußere Staatssystem mit Macht aufgezwungen hat. Wahrheit ist, daß die Probleme, die sich in Polen ergeben haben, im wesentlichen die Folge der sowjetischen Herrschaft in diesem Lande sind.

Meine Damen und Herren, was haben 30 Jahre Kommunismus in diesem Land zustande gebracht? Nichts anderes als hungernde Menschen, nichts anderes als ein Volk, das deshalb letztlich zum Äußersten entschlossen ist, weil es glaubt, wirklich nichts mehr zu verlieren zu haben. Was also hat die Sowjetunion mit ihrem System, was hat der Kommunismus in diesem Lande zustande gebracht? Genau die Situation, die wir vorfinden!

Die vertriebenen Polen, die aus den Gebieten kamen, die jetzt die Sowjetunion besetzt hat, die Polen, die in diejenigen Gebiete kamen, aus denen die Deutschen vertrieben worden waren, sind in ein Gebiet gekommen, das man früher als „Kornkammer der Deutschen“ bezeichnet hatte. Was ist aus dieser Kornkammer geworden? Das, was dort produziert wird, reicht nicht aus! Von dem, was dort produziert wird, bleibt nicht einmal soviel übrig, daß eine normale polnische Familie jede Woche soviel Brot hätte, wie sie benötigt.

Meine Damen und Herren, alle Ideologie und alle Phraseologie, die darum herum ist, steht eigentlich vor dem Hintergrund dieses Faktums, das so deutlich im Raum steht, so deutlich, daß man klar sagen muß, daß die Aggression der Sowjetunion doch nicht in dem Augenblick anfängt, in dem sie, die Sowjetunion, möglicherweise das zu Ende vollzieht, was sie seit vielen Jahrzehnten in diesem Lande tut, daß sie nämlich diesem Volk ihren Willen aufzwingt, daß sie dieses Volk in Not geführt hat.

Die Frage, die sich für uns dann stellt, ist doch die folgende: Wir sehen natürlich die Entwicklungen in Polen mit großer Sympathie. Wir alle haben uns sicher über den Mut gefreut, wir haben Anteil genommen am Mut von Teilen der Bevölkerung, gegen eine derartige Herrschaft vorzugehen. Aber, meine Damen und Herren, dann, wenn wir über Realitäten reden, muß uns doch auch klar sein, wie groß die Realitäten sowohl unserer Drohfähigkeit als auch unseres sonstigen Maßnahmenkatalogs sind.

Denn wir stehen in Polen vor einer anderen Situation, als sie z. B. in der CSSR gegeben gewesen ist. In der CSSR ist gewissermaßen die Reformkraft, ist der Reformwunsch der Bevölkerung auf die Regierung übertragen gewesen. Das heißt, die Sowjetunion mußte, um das zu ändern, wieder die Macht über die Regierung bekommen. Die Aggression richtete sich dann, wenn Sie so wollen, gegen die Regierung, gegen die Führung der Partei.

In Polen wäre das anders. In Polen richtete sich das nicht gegen die Regierung oder einen Teil des Volkes, sondern es richtete sich gegen das ganze Volk. Was also würde die Sowjetunion durch einen endgültigen Einmarsch erreichen? Sie würde erreichen, daß es Hunderttausende oder Millionen von Toten gäbe. Sie müßte damit rechnen, daß sie die Verbindlichkeiten der Volksrepublik Polen in der Welt abtragen müßte. Sie hätte ein widerwilliges Volk von

35 Millionen Menschen zu ernähren. Die gesamte Glaubwürdigkeit der Sowjetunion in den Staaten der Dritten Welt würde zusammenbrechen. Die Sowjetunion könnte niemanden mehr daran hindern, das atmosphärische Vor- und Umfeld dafür zu schaffen, daß in der Welt Aufrüstung und Bereitschaft zur militärischen Auseinandersetzung entstünden.

Das, meine Damen und Herren, wären die Folgen, aber nicht Folgen, die wir hier beschließen, sondern Folgen, die sich aus einem solchen Schritt der Sowjetunion automatisch ergäben.

Dann, wenn die Sowjetunion zu diesem Schritt entschlossen ist oder diesen Schritt tut, wird sie sich davon — das ist meine feste Meinung — weder durch Erklärungen von uns noch von sonst jemandem abhalten lassen. Dann ist das für mich das Zeichen, daß die Sowjetunion ihrerseits — möglicherweise vor dem Hintergrund interner Machtkämpfe um die Nachfolge der in einem hohen Lebensalter stehenden Spitze — von der Politik, die sie bisher — in der Zeit Breschnews — durchzuführen versucht hat, möglicherweise in einigen Bereichen endgültig Abkehr genommen hat. Dann ändert sich sehr viel auf der Welt, aber eben nicht durch unsere Beschlußfassung, sondern durch die geänderten Verhältnisse in der Sowjetunion.

Deswegen, meine Damen und Herren, bin ich der Auffassung, wir sollten den Aggressor ganz deutlich beim Namen nennen. Wir sollten deutlich sagen, was da passiert. Aber was sollen wir denn drohen? Eine Drohung ist doch nur so stark, nur so mächtig wie der Wille, die Drohung tatsächlich durchzuhalten, so mächtig wie die Möglichkeit und die Fähigkeit, sie auch wahrzumachen.

Vorhin hat ein Kollege gefragt: Was ist denn in der Tschechoslowakei passiert? Es sind Protestnoten verteilt worden. Was ist denn passiert, als die DDR geglaubt hat, eine Mauer mitten durch die Hauptstadt Deutschlands, durch Berlin, ziehen zu müssen? Die Glocken haben geläutet, wir haben Kerzen hinausgestellt, und nach einer bestimmten Zeit ist man zur Normalität übergegangen. Die Verweigerung der Weizenhilfe dauert so lange, bis die amerikanischen Bauern dagegen protestieren. Als die Bundesrepublik einmal ein Röhrenembargo beschlossen hatte, haben unter Umgehung der Vereinbarungen englische Firmen geliefert. Und es gibt viele Beispiele mehr.

Wir alle sind doch — und ich glaube, daß das in unserer Struktur verankert ist — weder bereit noch in der Lage, die Dinge, die wir da androhen, tatsächlich durchzuhalten. Wir sollten auch in diesem Bereich von den Realitäten ausgehen und uns nicht Drohungen zumuten, die wir nachher nicht durchhalten können.

Darüber hinaus darf man auch nicht zulassen, daß diejenigen, die immer gegen Entspannungspolitik in Europa waren, derartige Drohungen nun als Vehikel benutzen, um die Entspannungspolitik im Ergebnis zu zerstören. Herr Kollege Müller von der christdemokratischen Fraktion, nehmen Sie es mir nicht übel: Wer sich hier bei einer Entscheidung auf Helsinki und auf die dort getroffenen Vereinbarungen

bezieht, muß doch eigentlich das Stottern vor dem Hintergrund der Tatsache bekommen, daß er im eigenen Bereich, nämlich im Deutschen Bundestag, die Vereinbarungen von Helsinki nicht ratifizieren können. Das muß man doch sehen! Wer dann hier mit moralischer Verve auftritt, muß wissen, wie weit das alles geht und was er damit eigentlich will.

Nein, verehrte Kollegen, ich bin der Meinung, wir sollen den Aggressor nennen, aber wir sollen bei dem, was wir an Drohungen ankündigen, in dem Maße vorsichtig sein, wie wir am Ende fähig und in der Lage sind, das auch durchzuhalten.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In seinen Schlußbemerkungen hat der Kollege Hanin die Vermutung ausgesprochen, daß die Situation in Polen im Juni, wenn die Versammlung seinen Bericht diskutiert, bereits anders sein könnte, daß das Problem bereits nicht mehr aktuell sein könnte. Nun ist in der Diskussion schon zum Ausdruck gekommen: das Gegenteil ist eingetreten, **die Lage in Polen** hat sich über die Pfingstfeiertage erneut dramatisiert. Herr Baumel hat eben darauf verwiesen, daß insbesondere die Entwicklung der letzten Tage auf den Höhepunkt einer Krise hinsteuert. Die Verlegung der Sitzung des Sejm auf den 12. und die im Zusammenhang damit eingetretenen Ereignisse veranlassen uns, heute sehr ernsthaft unsere Möglichkeiten in der WEU zu erörtern, was wir tun können. Ich möchte deshalb auf die Entwicklung der letzten Tage noch einmal eingehen, weil das in dem Bericht von Herrn Hanin nicht so zum Ausdruck kommen konnte, denn mit der seit Ende Mai wieder angewachsenen Unruhe mit Streiks, mit Demonstrationen, mit dem Selbstmord zweier Minister, mit den antisowjetischen Vorfällen und mit der Verschlechterung der Wirtschaftssituation, nicht zuletzt natürlich mit der zuletzt angesprochenen Sedisvakanz nach dem Tode des Primas, ist die polnische Entwicklung im Vorfeld des 9. Parteitages, der vom 14. bis zum 18. Juli stattfinden soll, in eine überaus kritische Phase getreten.

Am 9. und 10. Juni hat das 11. ZK-Plenum getagt und mußte sich mit dem bereits erwähnten drohenden Schreiben des ZK der KPdSU befassen. Ungeachtet der sowjetischen Mahnungen — das muß hier festgestellt werden — hielt jedoch das polnische ZK an seinem bisherigen Kurs der Erneuerung mit gleichzeitiger Beteuerung der Treue Polens zum Warschauer Pakt und zu den sozialistischen Partnern fest. Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Schreibens eingehen, nachdem der Kollege Baumel bereits einiges daraus zitiert hat. Man muß hier festhalten, daß in diesem Schreiben von der tödlichen Gefahr, die über den revolutionären Errungenschaften der polnischen Nation schwebt, die Rede ist, daß eine Reihe von Dingen kritisiert wurde und daß aus dem Schreiben auch erkennbar ist, daß die besondere Sorge der Sowjetunion der Vorbereitung des Parteitages gilt. Hier ist wohl auch festzuhalten, daß abschließend gedroht wird, und zwar mit einem Breschnew-Zitat, wo es heißt, daß man ein Bruderland im Unglück nicht alleinlassen werde.

Der Verlauf der ZK-Sitzung hat aber auch gezeigt — Kantias Grundsatzreferat vor dem 11. Plenum des ZK ist Ausdruck dafür —, daß das Dilemma der Führung in Polen darin liegt, die Entwicklung nicht anhalten, geschweige umkehren zu können und andererseits die sowjetischen Bedenken in der einen oder anderen Weise berücksichtigen zu müssen. Das ist das Dilemma.

In die Kerbe Moskaus hat am ersten Tage des ZK-Plenums insbesondere das ZK-Mitglied Grabski geschlagen und die Ablösung Kantias und die Neuwahl des Politbüros gefordert. Die Reformer haben unter der Führung von Vizepremier Rakowski den Gegenangriff geführt und die Forderungen abgelehnt, über die Vertrauensfrage in bezug auf jedes der elf Politbüromitglieder abzustimmen. In der abschließenden Erklärung hat Kania die Fortsetzung der Erneuerung bestätigt, allerdings auch die Treue zu den Idealen des Sozialismus bekräftigt und die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit der „Solidarität“ erklärt. Gleichwohl war dies mit der Ankündigung verbunden, sich künftig entschlossen gegen sozialismusfeindliche Kräfte auch in der „Solidarität“ zu wenden.

Ich habe dies ausgeführt, um zu einer Bewertung zu kommen, die wir uns auch bei den abschließenden Abstimmungen hier im Plenum der WEU zu eigen machen müssen. Das 11. Plenum hat der Weltöffentlichkeit und nicht nur Moskau allein vor Augen geführt, daß Polen im Grunde ohne Führung ist. Der Tagungsablauf, die dramatische Konfrontation nicht zuletzt in der Vertrauensfrage über das Politbüro, der tiefe Zwiespalt zwischen den Parteiflügeln, all das läßt für Polen — das müssen wir sehen — angesichts der wachsenden sowjetischen Bedrohung, des Drucks und der bedrohlichen Wirtschaftssituation wenig Gutes erwarten. Wenn Polen in diesem Augenblick vor der nationalen Katastrophe gerettet werden soll, dann nur durch die Schaffung der von Kania skizzierten Front der Vernunft: die Selbstdisziplin der gesellschaftlichen Kräfte und der Verzicht auf jedwede Konfrontation.

Meine Kollegen, die Vorbereitungen für den Parteitag, die Delegiertenwahlen, dauern noch an. Wir haben gesehen, daß beispielsweise bei der Wojwodschatskonferenz in Danzig mit 90 % ein klarer Sieg für die Reformer erzielt wurde. Das wird natürlich die Sowjetunion veranlassen, weiterhin verstärkt Druck auszuüben. Die militärische Lage ist, wie hier schon sehr oft zum Ausdruck gekommen ist, unverändert. Der hohe Bereitschaftsgrad insbesondere der sowjetischen Truppen erlaubt eine Intervention binnen weniger Tage. Für Anfang Juli — das sollten wir auch registrieren — sind wie jedes Jahr Manöver des Warschauer Pakts angesetzt, von denen man schon jetzt annehmen darf, daß deren Ablauf für den 9. Parteitag eine nicht zu übersehende Drohkulisse darstellt.

Angesichts dieser Entwicklung der letzten Tage möchte ich das, was mein Kollege Rösch gesagt hat, unterstützen und Sie bitten, zu überlegen: Was wir hier beschließen, muß natürlich auch realisierbar sein. Wir müssen nüchtern an die Dinge herangehen, wir dürfen insbesondere der Sowjetunion nicht

noch irgendeinen Vorwand geben zu behaupten, daß wir irgendwie von außen auf die inneren Angelegenheiten eines Landes, das dem Warschauer Pakt angehört, Einfluß nehmen wollen. Wir müssen der Sowjetunion aber auch deutlich die Risiken aufzeigen, die sie eingeht, wenn sie eine Intervention in Polen unternimmt. Hier meine ich auch als einer der Liberalen, die die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit allem Nachdruck gefördert haben — noch ist die Sowjetunion an der KSZE interessiert, wie lange noch, wissen wir nicht —, daß wir mit dem Hinweis auf die KSZE alles tun müssen, um die drohende Gefahr für Polen abzuwenden, abgesehen davon, daß natürlich auch die von Herrn Baumel befürwortete Hilfe für Polen von seiten der westlichen Länder weiterhin geleistet werden muß, um Polen aus dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation herauszuführen.

Ich kann abschließend nur meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß die Resolution — die liberale Gruppe hat einige Änderungen dazu angekündigt —, die wir heute beschließen wollen, ihren Eindruck auf die Sowjetunion nicht verfehlt, indem wir geschlossen darauf verweisen, daß wir Entwicklungen in allen Ländern Europas, die zur Selbstbestimmung führen und denen die Prinzipien der KSZE zugrunde liegen, unterstützen.

Dr. Gessner (SPD): Herr Präsident! Ich möchte für diesen Antrag sprechen und einleitend auf eine Bemerkung eingehen, die der Berichterstatter heute morgen gemacht hat, als er meine gestrige Rede zitierte. Er hat gesagt, ich sei der Auffassung, durch unser Verhalten hier würden wir den Einmarsch der Sowjettruppen bzw. eine militärische **Intervention der Sowjetunion in Polen** provozieren. Ich bitte, mir zu glauben, daß ich bei weitem nicht so naiv bin, anzunehmen, daß eine Entschließung, die in dieser Versammlung gefaßt wird, die Sowjetunion in ihrem Willen, zu intervenieren, in irgendeiner Weise beeinflussen könnte. Wenn die Sowjetunion intervenieren will, wird sie das tun. Ich denke, daß in diesem Hause darüber Übereinstimmung besteht.

Der Punkt, um den es gestern ging, war ein ganz anderer. Ich habe gesagt: Die Sowjetunion will den Beweis erbringen, daß westliche Staaten eine Einmischung von außen betreiben. Wir hätten uns so zu verhalten, daß die Sowjetunion nicht irgendwelche Papiere, die wir beispielsweise hier beschließen, sozusagen als Beweismittel für ihre These der Öffentlichkeit vorführen könne. Das ist der Punkt, um den es geht. Die Empfehlung will natürlich nicht provozieren. Es geht darum, daß sie von Leuten, die uns nicht wohlgesonnen sind, mißdeutet werden könnte. Herr Berichterstatter, das ist der Punkt, um den es geht. Ich glaube, daß wir unsere Position schwächen, wenn wir das beschließen.

Alle Erklärungen, die von dem Bündnis, von der Europäischen Gemeinschaft, von den Regierungschefs abgegeben worden sind, haben auf prozedurale Vorstellungen verzichtet. Es ist kein Zufall, daß man sich so verhalten hat. Ich habe gestern gesagt, wir sollten uns dem Verhalten, wie es beispielsweise General Rogers hier demonstriert hat, der ebenfalls auf

die Darstellung der einzelnen Maßnahmen verzichtet hat, anschließen, weil dies ein weises Verhalten gewesen sei.

Deswegen möchte ich dafür plädieren, die Punkte 4 und 5 zu streichen. Ich sehe darin keine Provokation. Ich möchte nur nicht, daß die Sowjetunion mit einem Papier der Westeuropäischen Union herumreist und erklärt: Das ist ein Beweis dafür, daß sich die westlichen Staaten in die inneren Verhältnisse Polens einmischen möchten.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Zur Abstimmung darf ich folgende Erklärung abgeben. Ich habe mit Nein gestimmt, weil ich der Meinung bin, daß dieses Ergebnis unserer Arbeit nach der Abstimmung über die Amendments ein Signal ist, allerdings ein negatives Signal für diejenigen, die in Polen bestimmte demokratische Ziele erreichen wollen.

Man hätte über diese Fragen durchaus diskutieren können, wenn man z. B. in der Sitzung des Ausschusses im April entsprechende Formulierungen vorgelegt hätte. Inzwischen aber ist das Papier einstimmig verabschiedet gewesen, und jetzt ist man zurückgegangen. Ein deutlicheres Signal dafür, daß in Westeuropa die Demokratie gegenüber dem Totalitarismus knieweich ist, kann es nicht geben!

Empfehlung 370

betr. Entwicklungen in Polen

Die Versammlung der WEU

i) ist der Auffassung, daß die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki angenommen wurde, die Charta der Entspannung in Europa darstellt;

ii) erinnert daran, daß in diesem Dokument erklärt wird:

„Die Teilnehmerstaaten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen wie in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen und mit der vorliegenden Erklärung unvereinbar ist, enthalten. Die Geltendmachung von Erwägungen zur Rechtfertigung eines gegen dieses Prinzip verstoßenden Rückgriffs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt ist unzulässig.

Keine solche Androhung oder Anwendung von Gewalt wird als Mittel zur Regelung von Streitfällen oder von Fragen, die zu Streitfällen zwischen ihnen führen können, verwendet werden.“;

und

„Die Teilnehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen.

Sie werden sich dementsprechend jeder Form der bewaffneten Intervention oder der Androhung einer solchen Intervention gegen einen anderen Teilnehmerstaat enthalten.

Sie werden sich gleichermaßen unter allen Umständen jeder militärischen wie auch politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zwangsmaßnahme enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen und sich damit Vorteile irgendwelcher Art zu verschaffen.“;

iii) ist der Auffassung, daß die Ereignisse in Polen nur die inneren Angelegenheiten dieses Landes betreffen;

iv) ist deshalb der Auffassung, daß jede Intervention von außen, die darauf abzielt, Polen Maßnahmen aufzuerlegen, für die es sich nicht frei entschieden hat, eine flagrante Verletzung der Schlußakte von Helsinki wäre und daher jedem Spannungsprozeß ein Ende bereiten würde;

v) erinnert daran, daß die Versammlung ihren Präsidenten in Richtlinie 53 ersucht hat,

„unverzüglich eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, falls die Unabhängigkeit und Souveränität Polens durch eine bewaffnete ausländische Intervention gefährdet sein sollte“;

empfiehlt dem Rat

1. unverzüglich die Prinzipien zu verkünden, die seine Reaktionen im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen leiten werden, die eine offenkundige Verletzung der Abkommen von Helsinki wäre und deren Inhalt in Frage stellen würde;
2. umgehend Konsultationen einzuleiten, um Maßnahmen vorzubereiten, die alle Mitgliedsländer in Anwendung dieser Prinzipien treffen sollten;
3. Vorschläge auszuarbeiten, die die Mitgliedstaaten dem Nordatlantikrat vorzulegen hätten, damit die Anwendung dieser Maßnahmen auf alle Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses ausgedehnt wird;
4. die Mitgliedstaaten aufzufordern, auf alle Kreditwünsche, die die polnische Regierung geäußert hat oder äußern könnte, unter den gegenwärtigen Umständen so entgegenkommend wie möglich zu reagieren, sofern diese Kredite dazu bestimmt sind, die Lebensbedingungen der Polen zu verbessern.

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und Ereignisse in der Golfregion

Berichterstatter: Abg. Forni
(Drucksache 871)

Empfehlung 371

betr. die europäische Sicherheit und die Ergebnisse in der Golfregion

Die Versammlung

verweist auf ihre Empfehlung 361;

stellt fest, daß sich die durch die sowjetische Invasion Afghanistans geschaffene Situation seither nicht geändert hat, daß aber die Konsequenzen für das afghanische Volk erheblich schlimmer geworden sind;

vertritt die Ansicht, daß diese Invasion ebenfalls eine direkte Bedrohung für die Sicherheit aller südasiatischen Länder sowie für den Frieden in der Welt darstellt;

stellt fest, daß die mangelnden Fortschritte in Richtung auf einen Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarländern die Wiederherstellung einer stabilen Situation im Nahen und Mittleren Osten unmöglich machen;

bedauert die Fortsetzung des bewaffneten Konflikts zwischen Irak und Iran;

verurteilt den israelischen Luftangriff auf Bagdad und bedauert die daraus resultierende Zunahme der Spannungen im gesamten Nahen Osten, die die Glaubwürdigkeit des Westens und insbesondere der Vereinigten Staaten bei der Suche nach Kompromißlösungen für die schwer zu handhabenden Probleme in diesem Bereich verringert;

vertritt die Ansicht, daß es für Europa von lebenswichtigem Interesse ist, gute Beziehungen zu allen arabischen Ländern aufrechtzuerhalten, aber sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten irgendeines dieser Länder einzumischen;

empfiehlt dem Rat,

1. der Entschlossenheit seiner Mitglieder, sich jeder Intervention der Sowjetunion in den Ländern

des Nahen und Mittleren Ostens zu widersetzen, Ausdruck zu verleihen;

2. sich gemeinsam mit den Vereinigten Staaten um Hilfeleistungen an die afghanische Widerstandsbewegung zu bemühen;
3. eine substantielle Wirtschaftshilfe für Pakistan zu leisten, um diesem Land zu helfen, Flüchtlinge auf seinem Territorium aufzunehmen, ohne daß seine eigene Wirtschaft unannehmbaren sozialen und wirtschaftlichen Schaden erleidet, und für das Land ebenfalls Waffen bereitzustellen, die es für seine eigene Sicherheit dringend benötigt;
4. gleichzeitig die Entschlossenheit Europas, sich jeder militärischen Intervention der Sowjetunion zu widersetzen, wie auch seinen Willen, sich nicht in auf diese Region beschränkte Streitigkeiten einzumischen, zum Ausdruck zu bringen;
5. alle Anstrengungen aktiv zu unterstützen, die von den Ländern dieser Region unternommen werden, um ihre eigene Sicherheit gemeinsam sicherzustellen;
6. sich aktiv und gemeinsam um ein Einvernehmen zwischen allen Ländern, die dem Irak und dem Iran Waffen liefern könnten, zu bemühen, um die Einstellung aller Waffenlieferungen an die beiden kriegführenden Staaten zu erreichen;
7. um die Abhängigkeit Europas von den Erdöllieferanten des Nahen und Mittleren Ostens zu verringern, Konsultationen mit den Regierungen der anderen erdölverbrauchenden Länder vorzuschlagen, damit eine Energiepolitik gefördert wird, die auf eine fortschreitende Reduzierung des Weltölverbrauchs abzielt;
8. seine Verurteilung jeglicher Aggression gegen Länder in dieser Region zum Ausdruck zu bringen und vorzuschlagen, daß die Vereinten Nationen geeignete Sanktionen gegen jeden Aggressor — wer dies auch immer sein mag — anwenden.

Tagesordnungspunkt:

Revision der Charta und der Geschäftsordnung der Versammlung

Berichterstatter: Abg. Grieve
(Drucksache 877)

